



## Impressum

Herausgeber: Sozialdienst katholischer Frauen - Zentrale e. V. -  
 Agnes-Neuhaus-Straße 5, 44135 Dortmund  
 Tel. +49 231 557026-27

Generalsekretärin: Gaby Hagmans

Design: Heureka, Comino (02389) 29 65

Auflage: 500 Stück

Ausgabe: April 2008

Foto Titelseite: (Bildzeile v.l.n.r.) Die neu gewählten Mitglieder des Bundesvorstandes:  
 Waltraud von Laer, Dr. Christiane Zakrzewski, Maria Elisabeth Thoma,  
 Gabriele Hund-Martin, Ulla Dietz, Antje Juhnke, Monika Meier-Pojda,  
 Gundula Otto, Elisabeth Siol (nicht auf dem Bild)

## Inhalt

### Vorwort

<b>1 Fachpolitische Themen</b>	
1.1	Quantitativer und qualitativer Ausbau der Kindertagesbetreuung 5
1.2	Babyklappen, Aktion Moses und Beratung im Rahmen anonymer bzw. vertraulicher Geburt 6
1.3	Positionierung zur Frage der psychosozialen Beratung bei Pränataldiagnostik (PND) 6
1.4	Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements 6
1.5	Konsequenzen aus den neuen Bildungsabschlüssen Bachelor und Master 6
1.6	Familien- und Kinderarmut 7
1.7	Betreuungsgeld 7
1.8	Aktionsplan II der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen 8
1.9	Persönliches Budget in der rechtlichen Betreuung 9
1.10	Weiterentwicklung der Vereinsvormundschaft 9
1.11	Jugendhilfe und Justiz 10
1.12	Entwicklung der Arbeitsgelegenheiten im SkF 10
<b>2 Verbandsentwicklung</b>	
2.1	Fusionen von SkF Ortsvereinen 11
2.2	Mitgliederstruktur und Mitgliederwerbung 11
2.3	Satzungsreform 11
2.4	Erste Bundeskonferenz Diözesan- und Landesebene 11
2.5	Entwicklung im Ehrenamt und in den Fachbereichen (aus den Statistiken) Statistik Adoptions- und Pflegekinderdienste / Ehrungen und Jubiläen 12
<b>3 Kooperationen</b>	
3.1	Deutscher Caritasverband 14
3.2	Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK) 14
3.3	Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe (BVkE) 14
3.4	Deutscher Verein 15
3.5	Nationale Armutskonferenz (NAK) 15
3.6	Deutsche Bischofskonferenz / Verband der Diözesen Deutschlands (VDD) 15
3.7	Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehende (AGIA) 15
<b>4 Projekte</b>	
4.1	Projekt „ESCAPE into life - European Social Concept and Professional Employment“ 16
4.2	Projekt „Guter Start ins Leben“ 16
4.3	Projekt „Risikomanagement in der SkF Zentrale“ 17
<b>5 Einrichtungen</b>	
5.1	SkF Zentrale 18
	Fortbildungen 18
	Beratung von SkF- Ortsvereinen 18
	Öffentlichkeitsarbeit 18
	Fundraising der SkF Zentrale in 2007 18
	Auslandsadoption 19
	Directors and Officers - Rahmenvertrag (D&O-Rahmenvertrag) 20
	Jahresabschluss 2007 20
5.2	Das NeuHaus, Bildung und Begegnung im SkF 21
5.3	Anna-Zillken-Berufskolleg 22
5.4	Anna-Katharinen-Stift-Karthaus 25
5.5	Private Förderschule Schule Haus Widey (Salzkotten) 27
5.6	Jugendhilfezentrum Haus Conradshöhe (Berlin) 29
5.7	Jugendhilfe am Rohns (Göttingen) 30
5.8	Schwangeren- und Familienberatungsstelle Landstuhl 32
5.9	Vermögensverwaltung 34
5.10	Konsolidierter Gesamtjahresabschluss SkF - Zentrale e. V. - 35
<b>6 Ausblick 2008</b>	36



## Vorwort

*Sehr geehrte Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

Sie halten den ersten Geschäftsbericht des SkF Gesamtverein in den Händen. In der Delegiertenversammlung 2007 in Weimar wurden die wesentlichen Weichen für die Verschmelzung des SkF Gesamtverein e.V. auf den SkF Zentrale e.V. gestellt. Der Verschmelzungsakt erfolgt in der Delegiertenversammlung 2008. Der Bundesvorstand hat entschieden, bereits in diesem Jahr den Geschäftsbericht in neuer Form vorzulegen.



*Bundesvorsitzende Maria Elisabeth Thoma und Bundesgeschäftsführerin Gaby Hagmans bei der Unterschrift für die neue Satzung des SkF*

Nach meiner Einschätzung zeigt die Satzungsreform schon jetzt erste positive Entwicklungen. So ist mit der Verkleinerung des Bundesvorstandes ein effektiv arbeitendes Gremium entstanden. Darüber hinaus ist die Bundeskonferenz der Diözesan- und Landesebene, die erstmals vom 9.-10. Oktober 2007 getagt hat, ein wichtiges Gremium, um die Themen im Gesamtverein mit den Diözesanvorsitzenden / der Landesvorsitzenden Bayern sowie den dazugehörenden Referentinnen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Insgesamt sind die Ortsvereine „näher“ an die Bundesebene herangerückt, was ich ebenfalls als sehr positiv bewerte.

Neben diesen strukturellen Fragen waren natürlich zahlreiche inhaltliche Themen im Jahr 2007 für unsere Arbeit relevant, die im weiteren Verlauf dieses Berichtes aufgeführt sind.

Lassen Sie mich zwei Themen hier besonders hervorheben.

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe finden derzeit sehr dynamische Veränderungsprozesse statt, an denen sich die SkF Ortsvereine beteiligen bzw. beteiligen sollten. Zum einen im Bereich der frühen Hilfen, in dem wir unsere Erfahrungen und Erkenntnisse aus den übrigen Beratungsangeboten, besonders der Schwangerenberatung, sehr kompetent einbringen können, um Familien in der oft kritischen Phase nach der Geburt und den ersten Lebensjahren des Kindes zu unterstützen und Vernachlässigungssituationen vorzubeugen. Zum anderen bieten sich für die SkF Ortsvereine im Bereich des qualitativen und quantitativen Ausbaus der Kindertagesbetreuungsangebote weitere und neue Aufgabenfelder. Die SkF Zentrale beteiligt sich an diesen Entwicklungen mit einem eigenen Projekt im Bereich frühe Hilfen und mit einer verstärkten Interessenvertretung des SkF im Bereich qualitativer Ausbau der Kindertagespflege und Qualitätsstandards in den Kindertageseinrichtungen.

Ein weiteres, sehr bedeutendes Thema im Jahr 2007 war die geplante Gründung einer SkF-Stiftung auf Bundesebene. Ich begrüße diese Entwicklung, denn so ein Angebot für Stifterinnen und Stifter hat uns bisher gefehlt. Wir werden über diese Stiftung neue finanzielle Unterstützung für den SkF gewinnen und wesentlich zur Bekanntheit der Arbeit des SkF beitragen.

Die Stiftung ermöglicht den SkF Ortsvereinen Unterstiftungen zu bilden, deren Erträge für die Zwecke ausgegeben werden, die die Ortsvereine vorsehen. Insgesamt stärkt diese sinnvolle Zusammenfassung von Stiftungen unter einem Dach den gemeinsamen Auftritt des SkF in Deutschland. Sobald die Delegiertenversammlung die Satzung entschieden hat, kann die Stiftung gegründet werden.



Ich wünsche Ihnen eine interessante und informative Lektüre.

*Maria Elisabeth Thoma  
Bundesvorsitzende SkF-Gesamtverein*

## 1 Fachpolitische Themen

### 1.1 Quantitativer und qualitativer Ausbau der Kindertagesbetreuung

Das dominierende Thema der Kinder- und Familienpolitik im Jahr 2007 ist der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder insbesondere für unter Dreijährige gewesen. Die Kindertagesbetreuung als Teil des Erziehungs- und Bildungswesens befindet sich in einer umfangreichen, fundamentalen Umbruchsituation. Bis zum Jahr 2013 sollen insgesamt 750.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren bereitgestellt werden. Zudem soll es ab diesem Zeitpunkt auch einen Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot für über Einjährige geben.

Der Sozialdienst katholischer Frauen begrüßt den Ausbau der Betreuungsplätze von Kindern unter drei Jahren. Er ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu gerechteren Lebenschancen von Kindern, indem er den Anspruch für alle Kinder auf Teilhabe, gute Bildung und Förderung formuliert. Mit dem Ausbau erhalten aber Eltern/ Alleinerziehende auch größere Spielräume bei der Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Interessen. In einer Pressemitteilung (3. April 2007) wurde in diesem Zusammenhang auf eine wesentliche Forderung des Verbandes hingewiesen: Die quantitative Dimension des Ausbaus der Kindertagesbetreuung hat ebenso qualitative Aspekte mitzubedenken. Dies betrifft u. a. die Fragen der angemessenen Ausbildung der Fachkräfte wie der Bildungs- und Entwicklungsimpulse für die Kinder.

Der Verband hält es fachpolitisch für geboten, insbesondere die Kindertagespflege zu einem qualitativ hochwertigen Angebot der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern zu entwickeln. Zumal ein Drittel der zu schaffenden Betreuungsplätze über die Etablierung von Tagespflegeangeboten gesichert werden soll. Ein solcher Ausbau ist nach Ansicht des SkF mit folgenden Erfordernissen verbunden:

- Die Kindertagespflege steht vor der Herausforderung, genügend Tagespflegepersonen zu gewinnen, z. B. durch die Erschließung neuer Zielgruppen und die Eröffnung beruflicher Perspektiven.
- Zur Profilierung der Kindertagespflege ist ein gut ausgebautes Netz von Fachdiensten notwendig.
- Das im Kinder- und Jugendhilfegesetz formulierte Postulat der Gleichrangigkeit von institutioneller und familiärer Kindertagesbetreuung stellt hohe Anforderungen an die Qualität dieser Betreuungsform und an die Qualifizierung des Personals.
- Perspektivisch erfordern die gesetzliche Gleichrangigkeit und die damit verbundenen vergleich-

baren Anforderungen an den Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrag eine Angleichung des Qualifikationsniveaus und damit eine stärkere Professionalisierung von Tagespflegepersonen.

- Langfristig ist das Berufsfeld Kindertagespflege in die bestehenden sozialpädagogischen Ausbildungsgänge einzubauen.



### 1.2 Babyklappen, Aktion Moses und Beratung im Rahmen anonymer bzw. vertraulicher Geburt

Frauen, die ihre Schwangerschaft verheimlichen oder verdrängen und mit der näher rückenden Geburt zunehmend in Bedrängnis geraten, sind die Zielgruppe besonderer niedrigschwelliger (Beratungs-) Angebote und Projekte wie der Babyklappen und Babyfenster, der Aktion Moses oder der Beratung in Zusammenhang mit anonymer bzw. vertraulicher Geburt, wie sie von Kliniken angeboten wird. SkF-Ortsvereine sind seit 1999 teils selber Träger der Projekte, teils Kooperationspartner innerhalb eines umfangreichen Beratungs- und Hilfenetzes. Im Jahr 2007 waren insgesamt 34 Ortsvereine oder diözesane Zusammenschlüsse auf unterschiedliche Weise in diese Projekte eingebunden, beispielsweise durch ihre Beratungsdienste, Notruftelefone oder Einrichtungen.

Im Koalitionsvertrag vom 11.11.2005 ist verankert, dass die Erfahrungen mit der anonymen Geburt ausgewertet und – soweit notwendig – gesetzliche Regelungen geschaffen werden sollen. In diesem Zusammenhang richtete die FDP im Mai 2007 eine Große Anfrage an die



Bundesregierung zu den „Auswertungen der Erfahrungen mit anonymer Geburt und Babyklappen“. Nach der Abfrage in den Ländern zu ihren Erfahrungen wandte sich das BMFSFJ auch an die SkF Zentrale mit Bitte um Beantwortung der insgesamt 49 zum Teil sehr umfangreichen Fragen. Zur Ergänzung der Rückmeldung der SkF Zentrale wurde deshalb im Sommer eine Abfrage in den betreffenden Ortsvereinen zur Bestätigung bzw. Ermittlung der aktuellen Erfahrungen und Fallzahlen durchgeführt. Die Auswertung der Rückmeldungen floss in die Antwort an das BMFSFJ ein. Der Bundesvorstand nahm den Bericht in seiner September-Sitzung zur Kenntnis.

Aus der Antwort der Bundesregierung im November ging hervor, dass sie derzeit noch keine Aussage über die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der anonymen Geburt machen könne. Man befinde sich noch in der Phase der „ergebnisoffenen Auswertung“ der Erfahrungen mit anonymer Geburt und Babyklappen; der Meinungsbildungsprozess sei deshalb noch nicht abgeschlossen. Es würde eine bundesweite Untersuchung – wie sie der SkF seit Jahren fordert – überprüft.

### 1.3 Positionierung zur Frage der psychosozialen Beratung bei Pränataldiagnostik (PND)

Bereits auf der Delegiertenversammlung im Oktober 2006 in Stuttgart hatten sich die Delegierten des SkF nach eingehender Diskussion in einer Abstimmung zum Thema Beratung im Kontext von PND mit großer Mehrheit gegen eine für die Frau verpflichtende Beratung nach embryopathischem Befund ausgesprochen. Danach stand die Positionierung zur Frage der psychosozialen Beratung im Kontext von PND im Zentralvorstand aus. Nach weiteren Beratungen und inhaltlicher Abstimmung zwischen Vorstand und Referat verabschiedete der Zentralvorstand im Februar 2007 die Positionierung „Pränataldiagnostik und psychosoziale Beratung – zur Notwendigkeit eines psychosozialen Beratungsangebots vor Pränataldiagnostik und bei embryopathischem Befund“, die anschließend an alle Gliederungen des SkF verschickt wurde.

Die Positionierung vertritt in ihrer Kernaussage den Ausbau der freiwilligen, jedoch nachdrücklich empfohlenen psychosozialen Beratung, die bereits frühzeitig vor PND und insbesondere zeitnah bei einem embryopathischen Befund angeboten werden sollte. Demnach setzt sich der SkF für eine psychosoziale Beratung ohne unmittelbaren Zusammenhang mit einer medizinischen Indikation zum Schwangerschaftsabbruch ein und fordert darüber hinaus, dass die Empfehlung einer unabhängigen psychosozialen Beratung zum Qualitätsstandard ärztlichen Handelns werden muss. Die Positionierung dient

als Argumentationshilfe in der politischen Diskussion um die Frage der Einbindung psychosozialer Beratung im Prozess der Pränataldiagnostik.

### 1.4 Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Im abgelaufenen Jahr wurde das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, das rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft trat. Die wichtigsten Neuregelungen betreffen einen Steuerfreibetrag von 500 Euro für ehrenamtliche Nebeneinkünfte bei gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Organisationen, die Erhöhung des Übungsleiterfreibetrags von 1.848 Euro auf 2.100 Euro, den vereinfachten Nachweis von Spenden bis zu 200 Euro, die Anhebung der Höchstgrenzen für den Spendenabzug auf 20 % der Gesamteinkünfte und die Erhöhung des Höchstbetrages für die Ausstattung von Stiftungen und Kapital von 307.000 Euro auf 1.000.000 Euro. Insgesamt ist das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ein positiver Beitrag zur Förderung von Ehrenamt und Engagements in der Zivilgesellschaft.

### 1.5 Konsequenzen aus den neuen Bildungsabschlüssen Bachelor und Master

Im Zuge des sogenannten Bolognaprozesses wurden die Hochschulabschlüsse in Europa angeglichen und Bachelor- und Masterabschlüsse in den Hochschulen und Fachhochschulen eingeführt. Das bedeutet, dass es nach einer Übergangsphase die 'alten' Fachhochschulabschlüsse Diplom Sozialarbeiterin / Diplom Sozialpädagogin mit einer Studiendauer von sechs Semestern und einem darauffolgenden Anerkennungs-jahr nicht mehr gibt. Die Bachelorabschlüsse erfolgen nach 6 oder 7 Semestern, in denen jeweils Praxiszeiten enthalten sind. Die Integration der Praxis soll durch alle Lehrveranstaltungen und durch Kompetenzorientierung und fachbezogenes Lernen erfolgen. Nach den Bachelor Studiengängen können 4- bis 5-semestrige Masterstudiengänge absolviert werden.

Für den SkF als Anstellungsträger ergeben sich aus dieser Neuordnung der Studiengänge einige Konsequenzen. Die Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger werden nach einer deutlich kürzeren Gesamtausbildungszeit und mit weniger Praxiserfahrungen auf den Arbeitsmarkt kommen. Die Ausbildungsinhalte differenzieren je nach Fachhochschule. Praktisch wichtig für die Anstellungsträger ist daher das dem Abschlusszeugnis beigefügte Diploma Supplement, das die Module und Inhaltsbereiche des jeweiligen Studienganges beschreibt. Im Rahmen der verbändlichen Caritas und des Runden

Tisches der Fort- und Weiterbildungsinstitute wird über die Realisierung eines Traineeprogrammes in der verbändlichen Caritas diskutiert. Die Notwendigkeit eines solchen Traineeprogrammes wird sowohl vom Runden Tisch als auch von den Rektoren der katholischen Fachhochschulen gesehen.

### 1.6 Familien- und Kinderarmut

Das Thema Familien- und Kinderarmut in Deutschland prägte auch im Jahr 2007 die politische und fachpolitische Arbeit des Sozialdienst katholischer Frauen. Inzwischen ist etwa jedes 6. Kind in Deutschland von Armut betroffen und lebt in einer Familie mit Einkommen in Höhe des Existenzminimums oder nur knapp darüber. Das Existenzminimum wird vor allem über den Regelsatz des SGB II (Hartz IV) gewährt. Die Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren ist mit in Kraft treten des SGB II (Jan. 2005) von etwa 1,1 Millionen bis Ende 2007 auf etwa 2,2 Millionen angestiegen. Trotz einer aktuellen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Armut auf einem hohen Niveau verfestigt. Fast die Hälfte der von Armut betroffenen Kinder lebt in einer Einelternfamilie. Allein erziehende Frauen mit minderjährigen Kindern beziehen zu 26,3 % laufende Hilfe zur Existenzsicherung nach dem SGB II, während dies nur auf 2,3 % der Ehepaare mit minderjährigen Kindern zutrifft.

Auch Familien, die nur knapp oberhalb der Regelsätze des SGB II leben, sind von Armut bedroht. Dazu zählen insbesondere die etwa 125.000 Kinder, die den Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz erhalten.

Der SkF ist über die Delegation des Deutschen Caritasverbandes in der Nationalen Armutskonferenz (NAK) durch die Referentin Brunhilde Ludwig vertreten. Die Referentin war 2007 Mitglied einer Arbeitsgruppe der Nationalen Armutskonferenz, die sich insbesondere mit einem bedarfsdeckenden Regelsatz für Kinder beschäftigte. Derzeit wird der Bedarf von Kindern prozentual aus dem Verbraucherverhalten Erwachsener abgeleitet und ist nicht an dem Bedarf der Kinder orientiert. Der Regelsatz für Kinder ist als Anteil des Regelsatzes für einen 1-Personenhaushalt definiert und zwar in Höhe von 60 % für Kinder unter 14 Jahren (208 Euro monatlich) und in Höhe von 80 % für Kinder ab 14 Jahren (278 Euro monatlich). Unberücksichtigt bleibt hierbei der besondere Bedarf, der für Kinder entsteht, z. B. für Schulmittel, für Essensangebote in Schulen, für Freizeit- und außerschulische Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche. Die Reduzierung des Grundregelbetrages um 20 bzw. 40 % bei Kindern wird mit der Ein-

sparung beim gemeinsamen Wirtschaften von mehreren Personen in einem Haushalt begründet. Allerdings sind die Kürzungen willkürlich festgelegt und berücksichtigen keinerlei kinderspezifische Bedarfe.

In der Arbeitsgruppe der Nationalen Armutskonferenz wurde eine gemeinsame Stellungnahme zu einem spezifischen Kinderregelsatz erarbeitet, die in der Herbstveranstaltung der Nationalen Armutskonferenz auch unter Einbezug von Betroffenen diskutiert wurde. Gefordert wurde hier, einen eigenständigen Kinderregelsatz einzuführen, besonders im Hinblick der Schaffung von Voraussetzungen für gleiche Bildungschancen für Kinder. Die Nationale Armutskonferenz forderte dem entsprechend in ihrer Stellungnahme, den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg bei Kindern aufzulösen und die Chancengleichheit in der Schul- und Hochschulausbildung zu stärken, die Risiken der sozialen Ausgrenzung von Familien zu reduzieren und Chancen- und Teilhabegerechtigkeit für Familien zu stärken. Hierzu gehört auch eine verbesserte Kinderbetreuung im vorschulischen Bereich, der Ausbau des Kinderzuschlags und der Prävention vor Vernachlässigung der Kinder durch die Eltern und die besondere Förderung von sozial benachteiligten Stadtteilen.



### 1.7 Betreuungsgeld

Ende 2007 kündigte die große Koalition an, „dass ab 2013 für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (z.B. Betreuungsgeld) eingeführt werden soll“. Rechtlich soll dieser Anspruch in § 16 Absatz 4 SGB VIII verankert werden, der die Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie zum Gegenstand hat. Die Diskussion zum Betreuungsgeld geht insbesondere auf Forderungen aus der CSU zurück, die bereits bei den Koalitionsverhandlungen dafür eingetreten war, ab 2013 für Eltern ein Betreuungsgeld in Höhe von monatlich 150 Euro einzuführen, die für ihr Kind im 2. und





Der Bundesvorstand beschloss, die Diskussion weiter in den Verband hineinzutragen und auf der ersten Bundeskonferenz der Diözesan- und Landesebene im Oktober 2007 diese Debatte weiterzuführen.

In der Diskussion während dieser Bundeskonferenz wurde deutlich, dass der Sozialdienst katholischer Frauen bei der Beurteilung dieser Modelle als Frauen- und Familienverband im Spannungsfeld von Familien-, Sozial- und Gleichstellungspolitik steht.

Zur Bewertung des Betreuungsgeldes soll in der Delegiertenversammlung im Juni 2008 eine Stellungnahme des Verbandes diskutiert und verabschiedet werden.

3. Lebensjahr auf die Inanspruchnahme einer Kinderbetreuungseinrichtung verzichten.

Während sich die Fraktionen bzgl. des Ausbaus der Kinderbetreuungsangebote einigen konnten, wurde das Thema Betreuungsgeld von Anfang an kontrovers diskutiert.

Der Bundesvorstand des Sozialdienst katholischer Frauen beschäftigte sich in seiner Sitzung am 22. Juni 2007 mit den aktuellen Modellen der Familienförderung/ Kinderbetreuung, insbesondere auch mit dem Thema Betreuungsgeld. Diskutiert wurden u. a. folgende Modelle:

- Das Thüringer Modell: Thüringen ist eines der wenigen Bundesländer, in denen bereits ein Landeselterngeld in Höhe von 150 Euro mtl. vom 2. bis zum 3. Lebensjahr eines Kindes gezahlt wird.
- Die Forderung des Familienbundes der Katholiken: Der Familienbund fordert im Anschluss an das Elterngeld bis zum 3. Geburtstag des Kindes ein Betreuungsgeld von 300 Euro monatlich für alle Eltern, unabhängig von der Ausübung einer Erwerbstätigkeit und unabhängig vom Einkommen.
- Das SPD-Modell: Es sieht einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz für Kinder vom 1. Geburtstag bis zum Schuleintritt vor.
- Das CSU-Modell: Es fordert, dass Eltern ein monatliches Betreuungsgeld von 150 Euro erhalten, die ihr Kind zu Hause betreuen.
- Das Hamburger Modell: Hier werden bereits seit mehreren Jahren Gutscheine für Kinderbetreuung ausgegeben, wenn die Eltern einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nachgehen, an einer Maßnahme zur Integration in Arbeit teilnehmen oder als MigrantInnen Integrationskurse besuchen.



### 1.8 Aktionsplan II der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Unter Federführung des BMFSFJ verpflichtet sich die Bundesregierung im zweiten Aktionsplan, der im Oktober 2007 veröffentlicht wurde, zur Umsetzung von ca. 130 Maßnahmen in 10 Handlungsfeldern. Der zweite Aktionsplan setzt dort an, wo nach dem ersten Aktionsplan von 1999 noch besonderer Handlungsbedarf besteht.

Ziele des Aktionsplans:

- Verbesserung der Effizienz der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und der Verbesserung des Schutzes betroffener Frauen
- Frauen und Kinder darin zu stärken ein Leben ohne Gewalt und Angst führen und ihre Rechte wahrnehmen zu können

Als besondere Zielgruppen sind Migrantinnen, Frauen mit Behinderungen und Kinder und Jugendliche genannt. In den genannten Handlungsfeldern sollen insbesondere für diese Zielgruppen die Beratungs- und Hilfeangebote ausgebaut werden. Weiterhin wird die Bundesregierung u.a. Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung von Fachkräften unterstützen, die dazu beitragen, die Kooperation zwischen Beratungsstellen, der Kinder- und Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Psychiatrie zu

verstärken.

Die Bundesländer sind aufgefordert ihre jeweiligen Programme zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen weiterzuentwickeln. Dementsprechend muss sich auch das Hilfesystem im Rahmen seiner personellen und finanziellen Ressourcen den neuen Anforderungen stellen. Dies soll vor dem Hintergrund von Vernetzung und Kooperation von staatlichen Institutionen und nichtstaatlichen Hilfeangeboten einerseits und der vernetzten Hilfeinfrastruktur in der Antigewaltarbeit andererseits geschehen. Dabei wird es weniger um die Diskussion der konkreten Maßnahmen im 2. Aktionsplan gehen, als vielmehr um die Reflektion von grundlegenden fachlichen Erkenntnissen in den verschiedenen Themenbereichen.

Der SkF ist in vielfältiger Weise an dieser Diskussion beteiligt und bringt dort insbesondere die Erfahrungen aus der Arbeit in den Frauenhäusern und Interventionsstellen ein.



Bundesgeschäftsführerin Gaby Hagmans beim Fachtag Katholische Frauenhäuser in NRW 2007

### 1.9 Persönliches Budget in der rechtlichen Betreuung

Zum 1. Januar 2008 haben Menschen mit Behinderungen einen Rechtsanspruch auf die Leistungsgewährung über ein persönliches Budget nach § 17 SGB IX. Mit dieser neuen Regelung soll ein weiterer Schritt in Richtung gleichberechtigte Teilhabe, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderungen getan werden. In einer Handreichung für die Betreuungsvereine, die in der durch SkF, SKM und DCV gemeinsam getragenen Arbeitsstelle Rechtliche Betreuung erarbeitet wird, werden verschiedene Aspekte des persönlichen Budgets im Bereich der rechtlichen Betreuung beleuchtet. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass ein wichtiges Ziel des Betreuungsgesetzes ist, dem betreuten Menschen ein selbstbestimmtes Leben unter Achtung seiner Grundrechte zu ermöglichen. Dieses Ziel kann mit dem persönlichen Budget verwirklicht werden. Es bleibt

jedoch kritisch anzumerken, dass diese gesetzliche Änderung per se noch keine Selbstverantwortung der betreuten Person bedeutet, die ohne Unterstützung wahrgenommen werden kann. Wie nun hier die Schnittstelle zwischen den persönlichen Budgets und dem notwendigen Unterstützungssystem gewährleistet ist, ist noch zu klären. Besonders, wenn die Kostenträger zunehmend die Finanzierung der Hilfeleistung über die persönlichen Budgets abwickeln und sich aus der direkten Finanzierung der Leistungen bei den Trägern herausziehen. Darüber hinaus sind weitere Einzelheiten zu klären, z.B. die Einführung des Budget-Assistenten, der dem betreuten Menschen bei der „Verwaltung“ seines persönlichen Budgets behilflich sein soll. Diese Budget-Assistenz ist in vielen Teilen deckungsgleich mit den Aufgaben der rechtlichen Betreuung. Die Handreichung wird Anfang 2008 durch die drei beteiligten Verbände abgestimmt sein und dann an die Betreuungsvereine weitergereicht werden. Es bleibt jedoch weiterhin notwendig, dass die Betreuungsvereine durch die Arbeitsstelle bei der sukzessiven Umstellung auf das persönliche Budget begleitet werden.

### 1.10 Weiterentwicklung der Vereinsvormundschaft

Etwa 70.000 Kinder/ Jugendliche haben einen Vormund/ Pfleger. Es ist die Zielgruppe der Kinder- und Jugendhilfe mit dem höchsten Betreuungs- und Interventionsbedarf. Angesichts der komplexen Lebenssituationen, in denen sich die betroffenen Kinder und Jugendlichen befinden, sind die rechtlichen und sozialpädagogischen Anforderungen an die Wahrnehmung einer wirksamen parteiischen Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche hoch. Um den gestiegenen Anforderungen gerecht werden zu können, erachtet es der Verband für notwendig, die Rahmenbedingungen für die Übernahme von Vormundschaften und Pflegschaften zu ändern. Die weit aus meisten Vormundschaften werden bei Jugendämtern geführt. Die Vereinsvormünder könnten mit dem institutionellen Rückhalt der Vereine Jugendämter bei der Führung von Vormundschaften entlasten. Eine stärkere Einbeziehung von Vereinen würde auch erfordern, ihnen einen Vergütungsanspruch zuzusprechen, der bislang gesetzlich weitgehend ausgeschlossen ist. Denn eine Führung von Vormundschaften und Pflegschaften durch Vereine, die im Grundsatz als Ehrenamt verstanden wird, ist nicht mehr zeitgemäß. Dies erfordert auch die Bereitschaft von Politik und Gesetzgeber rechtliche Veränderungen vorzunehmen. Der Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 14. März 2007, der Vereinen einen Anspruch auf Vergütung zuweist, wird der Diskussion um eine Novellierung des Rechts der Vormundschaft hoffentlich neue Schubkraft verleihen.





### 1.11 Jugendhilfe und Justiz

Das Bundesverfassungsgericht hatte den Gesetzgeber in seinem Urteil vom Mai 2006 verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2007 den Jugendstrafvollzug auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, die auf den besonderen Entwicklungsstand von Jugendlichen und Heranwachsenden Rücksicht nimmt. Der Verband hat sich als Akteur in der Kinder-, Jugend- wie der Straffälligenhilfe an den Diskussionen um die Anforderungen an die Gestaltung des Jugendstrafvollzugs und die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Justiz beteiligt.

Wir haben hier insbesondere das Ziel verfolgt, die Konzepte der Jugendhilfe für die straffälligen Jugendlichen nutzbar zu machen und eine stärkere Kooperation und Vernetzung der Arbeitsfelder zu bewirken. In einer gemeinsamen Stellungnahme der katholischen Arbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (mit dem Bundesverband KAGS), der Katholischen Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe (BVK) wurden hierzu die richtigen Wege aufgezeigt.



### 1.12 Entwicklung der zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten im SkF

Auch im Jahr 2007 stand die Einrichtung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Absatz 3 SGB II (1-Euro-Jobs) im besonderen öffentlichen Interesse. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) kam in einer Untersuchung mit dem Titel „Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot“, die im Januar 2007 veröffentlicht wurde, zu dem Ergebnis, das bundesweit die sogenannten 1-Euro-Jobs reguläre Beschäftigungen im nicht zu vernachlässigen Umfang ersetzen. Nur 2 % der Betriebe, die befragt wurden, gaben an, dass sie eine Übernahme der Zusatzjobber in reguläre Beschäftigung vorsehen. Etwa 5 % der Betriebe diese in ihre Überlegungen mit einbeziehen und insgesamt 78 % der Betriebe gaben an, dass ihnen finanzielle Mittel für die Einstellung fehlen.

Der Sozialdienst katholischer Frauen hatte präventiv bereits im Herbst 2005 Eckpunkte zur Anforderung für gemeinnützige und zusätzliche Arbeitsgelegenheiten beschlossen, um genau der oben beschriebenen Problematik vorzubeugen. Um die vorhandenen Erfahrungen der SkF Ortsvereine mit den Einrichtungen von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten zu analysieren und zu veröffentlichen, führte die zuständige Referentin bereits die 3. Erhebung zum Stichtag 31.12.2006 durch. Ergebnis war, dass insgesamt 33 Ortsvereine insgesamt 386 Personen im Jahr 2006 in zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten gefördert haben. Davon waren 196 Personen ohne Berufsabschluss. Immerhin konnten insgesamt 56 Personen in Arbeit oder geringfügige Beschäftigung vermittelt werden, in Ausbildung 18 Personen, in weiterführende Maßnahmen 36 Personen, aber insgesamt 134 blieben nach Abschluss der Arbeitsgelegenheit weiter arbeitslos. Die Kritik, dass ein großer Anteil der Menschen nach Ablauf der Arbeitsgelegenheit keine Vermittlungen in den regulären Arbeitsmarkt erhält, wurde auch durch die Ergebnisse der Befragung im Sozialdienst katholischer Frauen bestätigt.

Trotzdem wurden immerhin 19 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf den regulären Arbeitsmarkt vermittelt. Grundsätzlich bleibt darüber hinaus positiv zu bewerten, dass für viele Langzeitarbeitslose die zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten eine Möglichkeit darstellen, sich wieder, zumindest für eine befristete Zeit, in den Arbeitsalltag zu integrieren.

## 2 Verbandsentwicklung

### 2.1 Fusionen von SkF Ortsvereinen

Ende 2006 und 2007 sind zwei Fusionen bei SkF Ortsvereinen vollzogen worden. Zum einen handelt es sich um die Fusion der Ortsvereine Wuppertal-Barmen und Wuppertal-Elberfeld und zum anderen um die Fusion der SkF Ortsvereine Köln und Köln-Porz. Der Bundesvorstand hat beiden Fusionen zugestimmt, da sich aufgrund der unmittelbaren örtlichen Nähe eine stärkere strukturelle Zusammenarbeit der Ortsvereine anbot und zum anderen, weil der Diözesan-Caritasverband ebenfalls eine stärkere strukturelle Verzahnung gewünscht hat.

### 2.2 Mitgliederstruktur und Mitgliederwerbung

Die Frage der Mitgliederstruktur und der Mitgliederwerbung ist für die SkF Ortsvereine eine fundamentale Frage, die eng mit der gesamten Fortentwicklung der Vereine und pointiert formuliert, eng mit ihrer Lebens- und Überlebensfähigkeit verknüpft ist. Der bisherige Ausschuss 'Verbandsentwicklung' hatte deshalb ange-regt, das Forum der Delegiertenversammlung des SkF Gesamtvereins im vergangenen Jahr in Weimar zu nutzen, um das Thema Mitgliederwerbung in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken. Dieses Vorhaben wurde umgesetzt. Die Vorsitzenden von SkF Ortsvereinen, die in der Mitgliederwerbung erfolgreich sind, stellten ihre Formen der Mitgliederwerbung vor. Ein Blick auf die Verbandsstatistik 2006 zeigt folgende Situation. Die SkF Ortsvereine hatten im Jahr 2006 6.699 ordentliche Mitglieder und 2.247 fördernde Mitglieder. Im Jahr 2001 gaben die Ortsvereine 6.052 ordentliche Mitglieder an, damit ist die Zahl der ordentlichen Mitglieder in den letzten 6 Jahren um 647 gestiegen. Die Zahl der fördernden Mitglieder ist dagegen im Vergleich mit dem Jahr 2001 um 456 zurückgegangen. Die Mitgliederzahl in den Ortsvereinen ist unterschiedlich, ein gutes Drittel (37 %) hat zwischen 1 und 30 Mitglieder. Zwischen 31 und 45 Mitglieder haben rund 21 % der Ortsvereine, zwischen 46 und 60 rund 15 %, 60 und mehr Mitglieder haben rund 27 %. Geht man von einer Zahl inaktiver Mitglieder aus, ist die Mitgliederzahl im 'unteren' Drittel der Ortsvereine steigerungsfähig. Insgesamt gibt es im SkF in den letzten Jahren durchaus eine Steigerung der Mitgliederzahlen. Wünschenswert sind aber kontinuierliche Anstrengungen die Mitgliederzahlen dauerhaft im Blick zu behalten und zu steigern. Kampagnen zur Mitgliederwerbung sind daher außerordentlich wichtig.

### 2.3 Satzungsreform

Die in der Delegiertenversammlung in Weimar beschlossene neue Satzung für den SkF Gesamtverein wurde in



das Genehmigungsverfahren bei der Deutschen Bischofskonferenz gegeben. Hier wird für Anfang 2008 die Genehmigung durch die Deutsche Bischofskonferenz erwartet, so dass dann das Verschmelzungsverfahren wie geplant begonnen werden kann. In Bezug auf die Ortsvereinsatzung ergibt sich eine zeitliche Verzögerung, da aufgrund der Eingabe einer Ortsvereinsvorsitzenden an die Deutsche Bischofskonferenz das Verfahren in den Diözesen noch nicht begonnen wurde. Eine Klärung des Sachverhaltes wird ebenfalls für Anfang 2008 erwartet. Der Bundesvorstand geht davon aus, dass dann die Abstimmung zwischen den deutschen Bischöfen noch vor der nächsten Delegiertenversammlung stattfinden kann.



### 2.4 Erste Bundeskonferenz Diözesan- und Landesebene

Vom 9.-10. Oktober 2007 fand die erste Bundeskonferenz der Diözesan- und Landesebene statt. Sie beschäftigte sich mit diversen Themen der aktuellen verbandlichen Diskussion, so z.B. die Entwicklungen im Fachbereich Häusliche Gewalt, Frühe Hilfen für Kinder und ihre Familien, Modelle der Familienförderung, Ausbau der Kindertagesbetreuungsangebote im SkF, D&O-Rahmenvertrag und die Gründung einer SkF Stiftung. Ebenfalls Thema waren die Ergebnisse des Workshops zum frauenspezifischen Profil des SkF. Die Konferenz





regte an, sich mit diesem Thema weiter intensiv zu beschäftigen, z.B. in der Arbeit des Ausschusses Verbandsentwicklung, da die Bedeutung des frauenspezifischen Profils des SkF als Verband und auch in den Fachbereichen für die Zukunft eine wesentliche Rolle spielen wird. Insgesamt haben alle Teilnehmerinnen der Konferenz diese als sehr gut und weiterführend bewertet.

**2.5 Entwicklungen im Ehrenamt und in den Fachbereichen**

Ein deutlicher Anstieg zeigt sich in den letzten Jahren bei der Zahl der Ehrenamtlichen ohne Mitgliedschaft, nämlich von 3.839 im Jahr 2001 auf 5.396 im Jahr 2006, also um 1.557 oder rund 41 %. Der allgemeine Trend zum bürgerschaftlichen Engagement ohne verbandliche Bindung zeigt sich auch in den SkF Ortsvereinen. Das ehrenamtliche Engagement findet sich traditionell im Arbeitsfeld Betreuungen nach dem Betreuungsgesetz. Dort waren im Jahr 2006 rund 2.300 Ehrenamtliche aktiv. Auch im Vergleichsjahr 2001 lag die Zahl ähnlich hoch (rund 2.100). Es ist beeindruckend, dass es den Ortsvereinen immer wieder gelingt, für das stark verrechtlichte Ehrenamt bürgerschaftlich engagierte Frauen und Männer zu gewinnen. Verstärktes Feld des ehrenamtlichen Engagements im SkF sind Kleiderkammern/ Babykörbe, in denen im Jahr 2006 über 700 Ehrenamtliche aktiv waren. Darüber hinaus finden sich in fast allen Arbeitsfeldern des SkF, von der Schwangerenberatung bis zur Kinder- und Jugendhilfe, ehrenamtlich engagierte Frauen und Männer, so in Spiel- und Lernstuben, in schülerbezogenen sozialpädagogischen Angeboten, aber auch in der Schwangerenberatung.

Stärkstes Feld der sozialen Arbeit ist nach wie vor die Schwangerenberatung mit rund 250 Vollzeitstellen. Die Arbeit in der Schwangerenberatung umfasst zunehmend die von den Ortsvereinen praktizierte sexualpädagogische Arbeit. Zweitstärkstes Arbeitsfeld im SkF sind die Betreuungen nach dem Betreuungsgesetz mit 209 Vollzeitstellen. Hier ist die Zahl der Stellen in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Sehr viele Ortsvereine sind mit geringfügig Beschäftigten in der Arbeit an der offenen Ganztagschule engagiert.

Ein weiterer Schwerpunkt der ambulanten Arbeit sind nach wie vor die Sozialpädagogische Familienhilfe und Erzieherische Hilfen mit rund 160 Vollzeitstellen (2003: 177). Darüber hinaus sind die SkF Ortsvereine noch in einer Reihe von Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe tätig. So unterhalten 24 Ortsvereine Spiel- und Lernstuben und bieten mit 65 Stellen offene Kinder- und Jugendarbeit an. 20 Ortsvereine sind im Arbeitsfeld Erziehungsbeistandschaften bzw. in der Sozialpädago-

gischen Einzelhilfe tätig (48 Stellen). Betreutes Wohnen als Maßnahme der Jugendhilfe bieten 13 Ortsvereine an.

Ein bedeutendes Arbeitsfeld ist auch der Allgemeine soziale Dienst/ Allgemeine soziale Beratung, den 54 Ortsvereine mit rund 64 Stellen anbieten.

Im Bereich der Kindertagesbetreuung weiten die Ortsvereine ihre Angebote spürbar aus. Zu den konkreten Zahlen lässt sich erst auf Grundlage der nächsten Ortsvereinstatistik etwas sagen.

**Statistik Adoptions- und Pflegekinderdienste**

**Adoptionen 2006**

Von 22 Adoptionsdiensten sind 96 Kinder vermittelt worden. Alle Vermittlungen sind Fremdadoptionen gewesen. Der Anteil der halboffenen Adoptionen liegt bei über 60 % (58) und ist damit im Vergleich zum Vorjahr fast doppelt so hoch. Die klassischen Inkognito-adoptionen machen 38,5 % (37) aus. D. h. bei über 60 % der Fremdadoptionen haben sich Herkunfts- und Adoptiv Eltern kennen gelernt. Ein Bereich, der sich im Arbeitsfeld in den vergangenen Jahren immer stärker in den Vordergrund geschoben hat, ist die Beratung und Begleitung von jugendlichen bzw. erwachsenen Adoptierten. Im Berichtsjahr hatten die Vermittlungsstellen Kontakt zu 265 jugendlichen bzw. erwachsenen Adoptierten.

**Vermittlung von Kindern in Pflegefamilien 2006**

Die 28 Pflegekinderdienste haben 249 Kinder in Pflegefamilien vermittelt. Zentrale Adressatengruppe der Vermittlungsstellen in katholischer Trägerschaft sind in erster Linie unter 6-jährige Kinder. Die Hälfte der von den Fachdiensten vermittelten Kinder (126) befindet sich in Vollzeitpflege „auf Dauer“, der in der Praxis verbreitetsten Pflegeform. Im Vorjahr waren dies noch gut 2/3. Insgesamt leben in den von den Fachdiensten (29) begleiteten Pflegefamilien 1.540 Kinder, 720 Mädchen und 722 Jungen.



**Ehrungen und Jubiläen**

<b>Dr. Margrit Lüdtko-Jansing</b> Paderborn	Silberne Ehrennadel	25.01.2007
<b>Hildegard Wagner</b> Konstanz	Agnes-Neuhaus-Medaille	09.03.2007
<b>Carola Schade</b> Eichsfeld	Silberne Ehrennadel	12.03.2007
<b>Maria Bergner</b> Eichsfeld	Agnes-Neuhaus-Medaille	12.03.2007
<b>Mechtild Arand</b> Eichsfeld	Agnes-Neuhaus-Medaille	12.03.2007
<b>Margarete Mertens,</b> Kempfen	Agnes-Neuhaus-Medaille	19.04.2007
<b>Werner Schonrath</b> Karlsruhe, Dülmen	Agnes-Neuhaus-Medaille	27.04.2007
<b>Margarete Potthoff</b> Gütersloh	Goldene Ehrennadel	08.05.2007
<b>Mechtild Schwab</b> Regensburg	Goldene Ehrennadel	08.05.2007
<b>Margarete Richardi</b> Landesstelle Bayern	Goldene Ehrennadel	08.05.2007
<b>Anne Sauer</b> Heidelberg	Agnes-Neuhaus-Medaille	10.05.2007
<b>Liesel Katzy</b> SkF Aachen	Silberne Ehrennadel	18.06.2007
<b>Eva-Maria Sonntag</b> Rhein-Sieg-Kreis	Agnes-Neuhaus-Medaille	20.08.2007
<b>Margarete Ersfeld-Pendzialek</b> Rhein-Sieg-Kreis	Agnes-Neuhaus-Medaille	20.08.2007
<b>Maria Wallau</b> Rhein-Sieg-Kreis	Agnes-Neuhaus-Medaille	20.08.2007
<b>Anni Becker</b>	Agnes-Neuhaus-Medaille	20.08.2007
<b>Charlotte Reif</b> Wiesbaden	Agnes-Neuhaus-Medaille	24.10.2007
<b>Maria Handel</b> Wiesbaden	Agnes-Neuhaus-Medaille	24.10.2007
<b>Heidemarie Droste</b> Dülmen	Agnes-Neuhaus-Medaille	22.11.2007
<b>Maria Böck</b> Dülmen	Agnes-Neuhaus-Medaille	22.11.2007
<b>Marianne Drobner</b> Dülmen	Agnes-Neuhaus-Medaille	22.11.2007
	25 Jahre SkF	Hanau
	30 Jahre SkF	Langenfeld
	60 Jahre SkF	Hameln
	90 Jahre SkF	Gladbeck
	90 Jahre SkF	Kiel
	90 Jahre SkF	Osnabrück
	100 Jahre KSD	Hamm
	100 Jahre SkF	Heidelberg
	100 Jahre SkF	Krefeld
	100 Jahre SkF	Wiesbaden

## 3 Kooperationen

### 3.1 Deutscher Caritasverband

Der Deutsche Caritasverband ist für die Bundesebene des SkF der bedeutendste Kooperationspartner mit vielen gemeinsamen Themen und Schnittstellen. So reichen die Vertretungen von der Delegiertenversammlung über den Caritasrat bis zu diversen Beiräten und Arbeitsgremien in den Arbeitsfeldern der verbandlichen Caritas. Der Bundesvorstand hat seine Mitarbeit im Deutschen Caritasverband in den letzten Jahren intensiviert und ist insgesamt zufrieden mit der Zusammenarbeit. In einem gemeinsamen Spitzengespräch mit dem Vorstand des Deutschen Caritasverbandes Ende November 2007 wurde die gute Zusammenarbeit auch von beiden Seiten hervorgehoben und dass ein offener und konstruktiver Kommunikationsstil geprägt wird. Im Rahmen dieses Berichtes ist es nur möglich, einige Schwerpunktthemen herauszugreifen.

#### Erster Caritaskongress 2007 in Berlin

Im Nachgang zur Satzungsreform des Deutschen Caritasverbandes wurde der Caritaskongress installiert, um das Bedürfnis des Austausches zwischen weiten Teilen der verbandlichen Caritas, das bisher über die Vertreterversammlungen realisiert wurde, zu befriedigen. Der Caritaskongress nahm Bezug zur Befähigungsinitiative des Deutschen Caritasverbandes und ermöglichte u.a. auch einigen SkF Ortsvereinen mit ihren Diensten und Einrichtungen präsent zu sein. Auch wenn der Kongress insgesamt auf eine hohe Teilnehmerzahl und auch politische Resonanz traf, hätte der Bundesvorstand sich darüber hinaus eine bessere Weiterentwicklung der fachlichen Themen gewünscht. So schließt sich z.B. an die Erkenntnisse aus der Sinus-Milieustudie unmittelbar die Frage nach der Bedeutung dieser Ergebnisse für die Personalauswahl in den Diensten und Einrichtungen und die Konzepte der Beratungsleistungen an. Insofern hat der Kongress sicherlich einige inhaltliche Impulse gesetzt, die inhaltliche Vertiefung muss jetzt in den Strukturen der verbandlichen Caritas geleistet werden.

#### Befähigungsinitiative

Im Rahmen der Befähigungsinitiative „Mach Dich stark für starke Kinder“ haben sich viele SkF Ortsvereine engagiert und sich auch intensiv an verschiedenen inhaltlichen Diskussionsplattformen beteiligt. Auch wenn der Bundesvorstand von Beginn an Kritik an dem Wort „Befähigung“ übte, hat er über die SkF-Zentrale die Befähigungsinitiative unterstützt. Ein wichtiges Thema für das 2. Jahr der Befähigungsinitiative wird die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für benachteiligte Jugendliche auch in Diensten und Einrichtungen der verbandlichen Caritas sein.

#### Fachthema „Selbstbestimmte Teilhabe sichern, Märkte ordnen, im Wettbewerb bestehen“

Mittlerweile ist es wohl unumstritten, dass sich die Dienste und Einrichtungen in der verbandlichen Caritas und damit auch diejenigen des SkF auf einem sozialen Markt bewegen. Derzeit wird diskutiert, wie die Marktbekämpfung und Marktorientierung mit den sozial-ethi-

schen Prinzipien übereinander zu bekommen sind und darüber hinaus, wie in einigen Teilbereichen dieser Thematik sich die verbandliche Caritas positioniert. So gibt es z.B. ein starkes Bedürfnis seitens der Dienste und Einrichtungen, eine Handlungsempfehlung seitens des Deutschen Caritasverbandes zu bekommen, wie der Existenz gefährdende innerkatholische Wettbewerb geregelt werden könnte. Und auch der kommende Rechtsanspruch zum persönlichen Budget bewegt die einzelnen Arbeitsfelder intensiv. Der Bundesvorstand bewertet es als positiv, dass sich der Deutsche Caritasverband mit diesen Themenstellungen beschäftigt und auch, dass auf der Delegiertenversammlung Richtungsentscheidungen getroffen wurden.

#### Zentrale Fachstellen

Der Bundesvorstand hat die Vereinbarungen zu den Zentralen Fachstellen „Gemeinsame Wohnformen für Mütter/ Väter und Kinder“, „Häusliche Gewalt“, „Familiale Fremdunterbringung (Adoptions- und Pflegekinderdienst)“ und die Internationale Adoptionsvermittlung überarbeitet. Die bisherigen Vereinbarungen müssen nach dem heutigen Diskussions- und Erkenntnisstand bezüglich der Aufgabewahrnehmung von Spitzenverbandlichen Aufgaben durch einen Fachverband angepasst werden. Eine abschließende Beratung der Vereinbarungen wird für Mitte 2008 erwartet.

### 3.2 Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK)

Das ZdK hat sich in seinen beiden Vollversammlungen mit den Themen „Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele“, „Ethisches Investment“ und dem Positionspapier „Mut zur Zukunft - Verantwortung des Einzelnen und des Sozialstaates angesichts neuer Risikosituationen“ beschäftigt. Das letzte Thema ist aus Sicht des Bundesvorstands sehr wichtig für die Diskussion zwischen den katholischen Verbänden und Organisationen, da es zu einigen relevanten Themen Stellung bezieht, so z.B. zu den Aspekten einer christlichen Risiko-Ethik zur Frage des Mindestlohns, einer differenzierten Arbeitspolitik, der Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Unternehmen, der Bildungspolitik, der Betreuungs-Infrastruktur und der Familienpolitik. Geprägt wird die Arbeit des ZdK in diesem Jahr durch den Katholikentag 2008 in Osnabrück und durch den Ökumenischen Kirchentag 2010 in München.

### 3.3 Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe (BVKE)

Zwei Themen haben die Gremien des BVKE in diesem Jahr besonders beschäftigt. Zum einen die Situation der ehemaligen Heimkinder in den katholischen Erziehungshilfeeinrichtungen und zum anderen das Thema Jugendhilfe und Justiz. Darüber hinaus stand natürlich die Veränderung aus der Funktionsdifferenzierung zwischen Deutschem Caritasverband und BVKE im Vordergrund, die u.a. einen Aufbau einer eigenen BVKE-Geschäftsstelle erforderte. Die strukturelle Eigenständigkeit des BVKE machte eine Beitragserhöhung notwendig. Mit der

Umsetzung dieser Maßnahmen Anfang 2008 wird dann auch wieder eine verstärkte inhaltliche Arbeit möglich sein.

### 3.4 Deutscher Verein

Wichtige Themen im Deutschen Verein waren die Empfehlung zum Aufbau kommunaler Bildungslandschaften, die Empfehlung für die Bemessung der monatlichen Pauschalbeträge in der Vollzeitpflege, die Perspektiven der Erzieher/-innen-Ausbildung und das Konsultationspapier „Soziale Wirklichkeit in Europa“. Der SkF hat sowohl in der Arbeitsgruppe, als auch im Fachausschuss, bei den Empfehlungen zur finanziellen, rechtlichen und qualitativen Ausgestaltung der Kindertagespflege mitgearbeitet und hier die Positionen der SkF Ortsvereine eingebracht. Es zeigt sich, dass gerade diese Empfehlung im Präsidium eine intensive Debatte ausgelöst hat, da die Kommunen die teilweise weitreichenden Konsequenzen nicht mittragen konnten. Hier werden weitere Verhandlungen notwendig sein, um die Gleichwertigkeit der Angebotsformen „Kindertagespflege“ und „institutionelle Kinderbetreuung“ wie im Gesetz grundgelegt, zu gewährleisten.

### 3.5 Nationale Armutskonferenz (NAK)

Die Nationale Armutskonferenz (NAK) ist ein Zusammenschluss der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, von Betroffenen- und Solidaritätsorganisationen (wie z.B. der BAG Schuldnerberatung, den Tafeln etc.) sowie des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Konferenz gründete sich im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerkes. Die NAK versucht, Lobbyist für von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen zu sein. Immer wieder nimmt sie in sozialpolitischen Bilanzen zu einzelnen Aspekten des Armutsthemas Stellung. Im Jahr 2007 stand das Thema „Kinderarmut in Deutschland“ im Mittelpunkt der Arbeit der NAK. Auch ein zweites bundesweites Treffen von Menschen, die von Armut betroffen sind, wurde von der NAK organisiert. Die NAK will damit signalisieren, dass es dringend an der Zeit ist, Betroffene an der politischen Diskussion und an den Vorschlägen für Lösungswege zu beteiligen. Der Sozialdienst katholischer Frauen ist durch die zuständige Referentin der SkF-Zentrale in der Nationalen Armutskonferenz in Delegation des Deutschen Caritasverbandes vertreten und hat 2007 insbesondere an einer Stellungnahme der NAK zur Kinderarmut in Deutschland mitgearbeitet. Weitere Informationen zur NAK unter [www.nationale-armutskonferenz.de](http://www.nationale-armutskonferenz.de)

### 3.6 Deutsche Bischofskonferenz/ Verband der Diözesen Deutschlands (VDD)

Von 2005 - 2007 verantwortete die DBK die Initiative „Hier beginnt die Zukunft: Ehe und Familie“ mit der Zielsetzung, Impulse zur Unterstützung und Förderung von Ehe und Familie in die Kirche und die Gesellschaft zu geben. Der SkF beteiligte sich unter anderem bei Dis-

kussionen am Runden Tisch Familie (DBK und ZdK) sowie an mehreren Veranstaltungen. Am 12. November 2007 endete die Initiative, die auch zur intensiveren Vernetzung katholischer Verbände und Träger beitrug, mit einer Abschlussveranstaltung in Berlin. Der VDD muss aufgrund zurückgehender Mittel aus den Diözesen eine weitere Kürzung in seinem Haushalt vornehmen, was die Zuschussempfänger, zu denen auch der SkF gehört, treffen wird. Derzeit wird in einer Haushaltsstruktur-Kommission über eine zukünftige Prioritätensetzung in der Förderung debattiert. Bezüglich der Förderung des SkF weist der VDD deutlich darauf hin, dass das Defizit in der SkF Zentrale abzubauen und Maßnahmen zur Konsolidierung ergriffen werden müssen.

### 3.7 Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehende (AGIA)

Die Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehende (AGIA) feierte im Oktober 2006 ihr 20jähriges Jubiläum. Seit 1986 engagieren sich die katholischen Frauenverbände (Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands, kfd, der Katholische Deutsche Frauenbund, KDfB und der Sozialdienst katholischer Frauen, SkF) gemeinsam für die Interessen Alleinerziehender in Politik und Kirche. 1991 trat die KAB Westdeutschland und 1996 die BAG katholischer Familienbildungsstätten der AGIA bei. 2007 erschien die Jubiläumsdokumentation mit dem Referat „Zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage allein Erziehender und ihrer Kinder - 1986 und 2006 im Vergleich“ von Frau Prof. Dr. Gudrun Cyprian und einer Zusammenfassung der bisherigen und zukünftigen Arbeitsschwerpunkte der AGIA. In einer Pressemeldung vom 20.03.2007 begrüßte die AGIA den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, da Alleinerziehende zur Existenzsicherung überwiegend auf Vollzeitberufstätigkeit angewiesen sind. Gleichzeitig forderte die Arbeitsgemeinschaft, die Qualität der Betreuungsangebote aktuellen fachlichen Standards entsprechend auszugestalten. Im September 2007 trafen sich die Vorstände/ Geschäftsführerinnen der AGIA-Mitgliedsverbände und die AGIA-Referentinnen zum Austausch über die Einbindung der AGIA-Arbeit in die allgemeine politische Strategie der beteiligten Verbände. Die AGIA war beteiligt an dem Projekt „Großeltern - Ruhender Pol in stürmischen Zeiten“ in Trägerschaft des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter - Landesverband NRW (März bis November 2007). In Praxisprojekten katholischer Träger in Gelsenkirchen und Wessel wurden Angebote für Großeltern und für von Trennung/ Scheidung der Eltern betroffene Kinder durchgeführt sowie Gesprächskreise für Großeltern angeregt. Die AGIA ist vernetzt mit der Bundeskonferenz Alleinerziehenden-Seelsorge und Mitglied beim Runden Tisch Familie der DBK und des ZdK.



## 4 Projekte

### 4.1 Projekt „ESCAPE into life - European Social Concept and Professional Employment“

Seit dem 01. August 2006 führt die Verwaltung der SkF Zentrale gemeinsam mit ihren europäischen Partnern Caritas „Luxembourg“ (Luxemburg) und Vsl „Socialis“ (Litauen) die Lernpartnerschaft „ESCAPE into life - European Social Concept an Professional Employment“, gefördert aus dem Sokrates-Programm der Europäischen Union - Grundtvig 2 durch.



Konferenzteilnehmer der 3. Konferenz des Projekts „ESCAPE“ in Luxemburg

In den Projektkonferenzen vom 04. bis zum 06. Oktober 2006 in Dortmund, vom 06. bis zum 08. Februar 2007 in Vilnius und vom 02. bis zum 04. Mai 2007 in Luxemburg wurden gemeinsame Leitsätze für die Weiterbildung von benachteiligten Frauen in folgenden Kategorien festgestellt, beschrieben und auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft:

- Zielgruppe
- Mindestanforderungen
- Psychosoziale Beratung und Begleitung
- Ausbilder/ Lehrer/ Dozenten
- Vernetzung mit Unternehmen
- Freiwilligkeit
- Reintegration
- Aufwertung der Biographie
- Erfolge („Erfolgslebnisse“)
- Bestehen am Arbeitsmarkt
- Nachhaltigkeit der Maßnahme

Mit diesem ersten EU-geförderten Projekt der Bundesgeschäftsstelle sollen neben den inhaltlichen Ergebnissen innerhalb des Projekts auch Erfahrungen in Bezug auf die zukünftige Beantragung von EU-Mitteln für die SkF Zentrale, aber auch in Bezug auf die Beratung von SkF-Ortsvereinen in diesem Bereich gesammelt werden. Nach der Bewilligung des Erneuerungsantrages wird das Projekt bis zu seinem geplanten Ende im Juli 2008 fort-

geführt. Die Ergebnisse des Projekts werden in einer Dokumentation veröffentlicht.



Partner im Projekt „ESCAPE“ vor dem Vorsitzenden, Mitgliedern und MitarbeiterInnen des Sozialausschusses des Parlaments der Republik Litauen.

### 4.2 Projekt „Guter Start ins Leben“

Mit dem Modellprojekt „Guter Start ins Leben“ baut der SkF sein Angebot im Bereich der Frühen Hilfen aus. Mit den drei Ortsvereinen Freiburg, Frankfurt und Neuss wird ein gemeinsames Konzept erprobt und evaluiert. Die bereits bestehenden Hilfeangebote der SkF-Ortsvereine, wie etwa die Schwangerschaftsberatung, Kindertagesbetreuung, Hilfen zur Erziehung etc., werden miteinander und um diesen Ansatz ergänzt.

Mögliche Fehlentwicklungen in Familien frühstmöglich zu erkennen und durch entsprechende Hilfen entgegenzuwirken, ist unbestritten der beste Weg, um Vernachlässigungen vorzubeugen. Für diesen präventiven Zugang sind niedrigschwellige, nicht stigmatisierende Angebote, in denen Eltern bei Problemen in der Kindererziehung kurzfristig verständnisvolle und kompetente Ansprechpartner finden ebenso notwendig, wie auch langfristige begleitende und aufsuchende Hilfeangebote.

Mit dem Projekt „Guter Start ins Leben“ sollen Familien bereits am Ende der Schwangerschaft oder direkt nach der Geburt durch ein interdisziplinäres Team aus pädagogischen, psychologischen und medizinischen Fachkräften durch Einzelberatungen, Hausbesuche und unterschiedliche Gruppenangebote unterstützt werden. Die Inanspruchnahme einer Kombination verschiedener im Projekt angebotener Hilfemaßnahmen ist je nach Wunsch und Bedarf der Mutter/ Eltern möglich.

Ziel des Projektes ist die Stärkung der Eltern in ihrer Erziehungskompetenz und ihre Unterstützung beim

Aufbau einer sicheren Bindung zu ihren Kindern. Aus der Resilienzforschung geht hervor, dass eine sichere frühe Bindung an mindestens eine zuverlässige Bezugsperson zu den wichtigsten Schutzfaktoren für die Entwicklung von Kindern zählt. Die Eltern werden daher unterstützt, die kindlichen Verhaltensweisen zu verstehen, die Signale ihres Kindes feinfühlig wahrzunehmen und angemessen und zuverlässig zu beantworten. Dadurch soll eine tragfähige Eltern-Kind-Beziehung gestaltet, positive Beziehungskreisläufe in Gang gesetzt und der „Teufelskreis“ negativer Gegenseitigkeit verhindert werden. Mit dem Projekt soll, bei nachgewiesener Wirksamkeit, eine Implementierung der frühen Hilfen als Bestandteil des regulären Angebots der SkF-Ortsvereine und der damit erforderlichen Finanzierung durch das Gesundheits- und Sozialwesen erreicht werden.

Dieses Projekt wird über eine private Stiftung finanziert, der wir für die außerordentliche Unterstützung sehr dankbar sind.



### 4.3 Projekt „Risikomanagement in der SkF Zentrale“

Finanziert aus Mitteln der Lotterie GlücksSpirale führte die Verwaltung das Projekt „Entwicklung eines Risikomanagementsystems für die SkF Zentrale unter Einbeziehung eines EDV-Tools und Erstellung einer Arbeits-

hilfe für die SkF-Ortsvereine im Zeitraum vom 01.05.2007 bis zum 30.04.2008 durch. Begleitet und unterstützt wurde das Projekt von der Beratungs- und Prüfungsgesellschaft BPG mbH in Münster.

Unter Risikomanagement versteht man die systematische Erfassung, Bewertung und Steuerung der unterschiedlichsten Risiken. Risikomanagement ist Aufgabe der Führung einer Organisation und trägt zur Leistungssteigerung und zur Effizienzverbesserung bei. Somit können Sicherheitsanforderungen umgesetzt und die Zielerreichung von Organisationen und Systemen abgesichert werden. Risiken beinhalten Schadenspotentiale, aber immer auch Chancen. Risikomanagement schätzt das Szenario nach Wahrscheinlichkeit und Auswirkung ein. Das Risiko umfasst nicht nur plötzlich eintretende Schadensereignisse, sondern auch unerwartet, sich einschleichend einstellende Fehlentwicklungen.

Nach intensiver Einarbeitung von Thorsten Rieger, Projektmitarbeiter, in die Organisation der SkF Zentrale, erfolgte die Risikoidentifikation in Form von Einzelinterviews mit der Bundesgeschäftsführerin, dem Verwaltungsleiter und den Fachreferentinnen. Außerdem fand ein Gespräch mit den beiden Buchhalterinnen für Finanzen und Personal statt. In einigen Fällen kam es zu einem zweiten Gespräch. Ein geeignetes EDV-Tool für das Risikomanagement, welches im Non-Profit-Bereich angewendet werden kann, wurde erworben. Nach Auswertung der ersten Interviewrunde erfolgte die Einteilung der Risiken in sechs verschiedene Risikogruppen.

Im Anschluss daran begann die zweite Gesprächsrunde mit der Bundesgeschäftsführerin, dem Verwaltungsleiter und den Fachreferentinnen, bei der die Risiken anhand eines Risikoerfassungsbogens analysiert und nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß bewertet wurden. Es wurden Warnsignale, Schwellenwerte und mögliche Gegenmaßnahmen entwickelt. Außerdem wurde in einem ersten Schritt versucht, die Risiken Verantwortlichen zuzuordnen und Vorschläge für ein Berichtswesen zu entwerfen. Aus den gewonnenen Informationen wurde ein Risikoinventar angelegt, in dem die genannten Risiken aufgenommen wurden. Das Risikoinventar bildet die Grundlage für die Risikodatenbank (auf Access-Basis), welche im Jahr 2008 mit dem EDV-Tool erstellt werden soll. Des Weiteren ist für das Jahr 2008 die Erstellung eines Risikohandbuchs geplant, welches den SkF-Ortsvereinen als Arbeitshilfe dienen soll.



## 5 Einrichtungen

### 5.1 SkF Zentrale

#### Fortbildungen

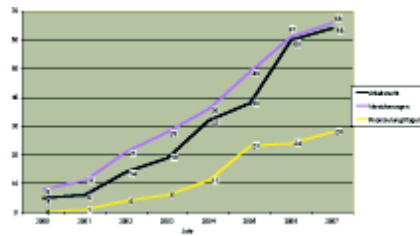
Die SkF Zentrale hat im Jahr 2007 umfangreiche Fortbildungen angeboten. Die eingeführten Maßnahmen zur Transparenz in Kalkulation und Durchführung der Fortbildungsveranstaltungen und die damit verbundene Erhöhungen der Teilnehmerbeiträge haben insgesamt zu einer Konsolidierung im Fortbildungsbereich beigetragen. Nichts desto trotz gibt es zwischen den Fortbildungen sehr unterschiedliche Refinanzierungssituationen; so sind z.B. die verbandsspezifischen Fortbildungen gerade für die ehrenamtlichen Vorstände ohne Eigenmittel des Gesamtvereins nicht durchführbar, genauso wenig wie die Fortbildungen im Bereich der Jugendhilfe. Im Bereich der Familienberatung sieht es deutlich besser aus, da hier die Refinanzierungssituation der Fortbildungen besser gestellt ist. Inhaltlich werden die Fortbildungen gut angenommen, nur wenige müssen kurzfristig wegen Krankheit der Referentin oder mangels Teilnahme abgesagt werden. Die enge Verzahnung der Referate mit den Arbeitsfeldern in den Ortsvereinen hat sich in Bezug auf die Themenplanung der Fortbildungen bewährt. Es wäre jedoch notwendig, zukünftig wieder eine längerfristige Fortbildung für ehrenamtliche Vorstandsmitglieder anbieten zu können, da sich hier ein Bedarf zeigt.

#### Beratung von SkF-Ortsvereinen

Seit dem Jahr 2000 werden Anfragen der SkF-Ortsvereine an die Verwaltung der SkF Zentrale in den drei wichtigsten Kategorien Versicherungsfragen, Arbeitsrecht und Finanzierungsfragen erhoben.

Die stetig wachsende Zahl der Anfragen der SkF-Ortsvereine an die Zentrale zeugt nicht nur von einem wachsenden Beratungsbedarf, sondern auch von einem wachsenden Vertrauen der SkF-Ortsvereine in die SkF Zentrale. Besonders bemerkenswert ist der Anstieg der Beratungen im Bereich Finanzierung, in denen sich, trotz geringer werdender finanzieller Mittel, die große Innovationskraft der SkF-Ortsvereine widerspiegelt. Hierbei liegt das Hauptaugenmerk auf der Beratung zur Finanzierung von Projekten und Baumaßnahmen. Deutlich erkennbar ist, dass die Anfragen, auch auf Grund von Änderungen in der Gesetzgebung, der ständigen Rechtsprechung, von Richtlinien und Bewilligungsbedingungen immer komplexer werden und deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen. Bisher ist es jedoch trotz einer stetig wachsenden Zahl von Anfragen und sinkenden Personalressourcen in der SkF Zentrale gelungen, eine zeitnahe Beratung und Unterstützung zu gewährleisten.

Anfragen an das Finanzreferat und die Verwaltung 2007



#### Öffentlichkeitsarbeit

Die SkF Zentrale hat die Öffentlichkeitsarbeit über Pressemitteilungen verstärkt, um der Erwartung der Ortsvereine entgegenzukommen, eine bessere politische Öffentlichkeitsarbeit in den Themenfeldern des SkF zu leisten. Darüber hinaus hat der Bundesvorstand entschieden, dass nach jeder seiner Sitzungen eine Pressemitteilung über ein wesentliches Thema seiner Beratungen herausgegeben wird, da insgesamt noch zu wenig Informationen und Positionen des SkF in die Öffentlichkeit gelangen. Es zeigt sich jedoch, dass eine Zeitressource von 20 %, die im Rahmen des Referats „Sozialmarketing und Öffentlichkeitsarbeit“ für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung steht, zur Bewältigung des Bedarfs in diesem Bereich nicht ausreicht.

#### Fundraising der SkF Zentrale in 2007

Fundraising umfasst die Beschaffung von Finanz-, Sach-, Dienst- und Arbeitsleistungen sowie Rechten und Informationen ohne eine marktadäquate materielle Gegenleistung. Fundraising-Schwerpunkt der SkF Zentrale ist der Erwerb von Finanzmitteln für Hilfsprojekte der bundesweit 150 Ortsvereine und für die SkF Zentrale mit ihren Einrichtungen. Die im Folgenden aufgeführten Einnahmen der SkF Zentrale sind das Ergebnis der Fundraisingaktivitäten der Geschäftsführung, der Verwaltungsleitung und der Stabsstelle Sozialmarketing.

#### Herkunft der Fundraising-Einnahmen

In 2007 wurden insgesamt 622.335,73 Euro aus den Fundraisingaktivitäten der SkF Zentrale eingenommen. Die Haupteinnahmequelle stellen Lotteriemittel dar. Hier ist mit 245.116,31 Euro ein Anstieg um 58,8 % im Vergleich zum Jahr 2006 mit 144.052,95 Euro zu verzeichnen. Die zweitgrößte Ertragsquelle im Fundraising stellen die Spendeneinnahmen aus Mailings (Spendenbriefe) dar. Hier wurden in 2007 169.775,42 Euro eingenommen, 7,3 % weniger als 2006 mit 183.193,97 Euro. Trotz sinkender Einnahmen konnte der Gewinn im Vergleich zum Vorjahr um 11 % gesteigert werden. Die Fundraising-Einnahmen von Benefizorganisationen, die in 2007 dritt-

größte Einnahmequelle im Fundraising der SkF Zentrale, sind im Vergleich zum Jahr 2006 von 60.000 Euro auf 140.064 Euro und damit um 233 % deutlich gestiegen. Die übrigen 10,8 % der Fundraising-Erträge stammen aus Unternehmen, Stiftungen, europäischen Mitteln und sonstigen Einnahmen.

#### Verwendung der Fundraising-Einnahmen

Die Fundraising-Einnahmen der SkF Zentrale in 2007 wurden von den Ortsvereinen als auch der SkF Zentrale mit ihren Einrichtungen für fünf Schwerpunkte verwendet. Der mit 34 % größte Anteil der Mittel kam der Kinder- und Jugendhilfe zugute. Schwerpunkte bildeten das Angebot von Mittagstischen bzw. Lebensmittelhilfe und Bildungsprojekte für Kinder und Jugendliche. Der mit 27 % zweitgrößte Part der Fundraising-Erträge floss in die Arbeit des SkF allgemein. Diese umfasst nicht zweckgebundene Spenden, die von den Ortsvereinen und der Zentrale für unterschiedliche Aufgaben des SkF verwendet wurden. Mit weiteren 27 % der Mittel wurde Infrastrukturhilfe geleistet. An dieser Stelle wird die besondere Rolle der SkF Zentrale als Service-Einrichtung für die Ortsvereine deutlich. Im Rahmen der Infrastrukturhilfe konnte die SkF Zentrale den Ortsvereinen eine kostenlose Beratung und Unterstützung insbesondere für ihre ehrenamtlichen Strukturen anbieten. Mit 8 % wurden Hilfen für Frauen und Familien finanziert. Hier wurden insbesondere die Schwangerenberatung, Hilfen für Alleinerziehende sowie Hilfen für Eltern mit Kleinkindern bis zu drei Jahren unterstützt. 24.750 Euro flossen in die Hilfe für Menschen mit Behinderungen.

Fundraisingeinnahmen der SkF Zentrale im Jahr 2007 Erträge nach Herkunft



Fundraisingeinnahmen der Bundesgeschäftsstelle im Jahr 2007 Erträge nach Verwendung



#### Auslandsadoption

##### Bolivien

Zu Beginn des Jahres wurde eine zweiwöchige Reise nach Bolivien vorbereitet und schließlich ab Mitte März bis Anfang April realisiert. Es wurden die Städte La Paz, El Alto, Cochabamba und Tarija in Begleitung des Repräsentanten bereist. In den zuvor genannten Städten wurden Gespräche mit den Jugendrichterinnen, Vertretern der Jugendbehörde SEDEGES, Leiterinnen einiger Kinderheime und dem Geschäftsführer der Deutschen Botschaft geführt.

Im Berichtsjahr wurde die Beratung und Vorbereitung von Interessenten für eine Adoption in Bolivien fortgeführt. Vier neue Adoptionsanträge wurden bei der Adoptionszentrale eingereicht. Bis zum Jahresende befanden sich vierzehn weitere Adoptionsinteressenten in der Vorbereitung, davon erhielten drei Paare schon eine Empfehlung zur Fortsetzung des Adoptionsverfahrens und die Aufforderung, ihre Bewerbungsunterlagen zur Vorlage bei der bolivianischen Adoptionszentrale zusammenzustellen.

Im Frühjahr wurde einem Bewerberpaar von der Adoptionszentrale ein Adoptivkind zugeordnet. Die Vermittlung in Bolivien erfolgte innerhalb von zwei Monaten. Die ersten Schritte der Integration innerhalb der neuen Familie waren bis Ende des Jahres gelungen. Mit der Zusammenstellung des ersten postadoptiven Berichts wurde bereits Ende des Jahres begonnen.

##### Costa Rica

Im Jahr 2007 konnte ein weiteres Bewerbungspaket in Costa Rica eingereicht werden. Der Entscheid über die Akzeptanz der Bewerber durch die Adoptionsbehörde in San José steht noch aus. Insgesamt liegen der Adoptionsbehörde damit vier Bewerbungen aus Deutschland vor. Im Berichtsjahr begannen zwei Paare ihre Bewerbungsverfahren für Costa Rica. Die Überprüfung ist noch nicht abgeschlossen.

##### Ecuador

Im Berichtsjahr veröffentlichte die ecuadorianische Adoptionszentrale auf ihrer Homepage die Ausführungsbestimmungen hinsichtlich der Akkreditierung einer Auslandsadoptionsvermittlungsstelle. Mit diesen Bestimmungen wird eine Basis der Zusammenarbeit festgelegt, die keine partnerschaftliche Kooperation zulässt, trotz Implementierung der Haager Adoptionskonvention in Ecuador. Vor diesem Hintergrund wurde das Akkreditierungsverfahren mit Ecuador beendet.



Litauen

Zu Beginn des Jahres waren 20 Adoptionsanträge in Litauen registriert. Zwei Ehepaare entschieden aus persönlichen Gründen ihren Antrag zurückzunehmen. Bei der Adoptionszentrale wurden drei Adoptionsanträge eingereicht und akzeptiert. Ein weiterer Antrag musste zurückgestellt werden, da die jährliche Annahmequote bereits erfüllt war. Für Adoptionsbewerber besteht mittlerweile eine Wartezeit von ca. drei Jahren, bis es zu einer Zuordnung eines Adoptivkinds kommt.

Im Laufe des Jahres wurden für drei Adoptivkinder im Alter von zwei bis fast drei Jahren Adoptionsverfahren in Litauen abgeschlossen und sie durften mit ihren Adoptiveltern nach Deutschland einreisen. Im Zuge der postadoptiven Berichterstattung wurden bereits Berichte über jedes Kind nach Vilnius gesandt. Die ersten Schritte der Integration innerhalb der Adoptivfamilie waren gelungen.

Insgesamt wurden drei Adoptivkinder zwei Bewerberpaaren zugeordnet. Dabei musste ein Verfahren gestoppt werden, da die Bewerber zwei Dauerpflegekinder aufgenommen hatten ohne unsere Vermittlungsstelle zu informieren. Das zuständige Jugendamt hatte ebenfalls nicht reagiert und uns nicht informiert.

Im Berichtsjahr wurden 19 Entwicklungsberichte über 14 Adoptivkinder, die in den Jahren von 2003 bis 2007 an deutsche Ehepaare vermittelt wurden, an die Adoptionszentrale in Vilnius gesandt.

**Directors and Officers - Rahmenvertrag (D&O-Rahmenvertrag)**

Nach den zukunftsweisenden Beschlüssen der Delegiertenversammlung des Sozialdienst katholischer Frauen vom 07. bis 09. Mai 2007 in Weimar, in den Satzungen festzulegen, dass der Verein durch den Abschluss einer Versicherung verpflichtet ist, das persönliche Haftungsrisiko seiner Organmitglieder abzusichern und die SkF Zentrale mit der Aushandlung eines Rahmenvertrages auf Basis des „Director and Officers (D&O)-Sicherungskonzeptes“ auszuhandeln, wurde ein entsprechender Rahmenvertrag mit der Pax-Versicherungsdienst GmbH erarbeitet.

Nach der Information an alle Ebenen des Sozialdienst katholischer Frauen erfolgten neben intensiven Einzelberatungen auch im Hinblick auf andere Versicherungskonzepte, Vorträge in Veranstaltungen auf Diözesanebene in Münster, Köln, Paderborn, Hildesheim und Oldenburg. Hierbei wurden die Versicherungskonzepte in Abwägung

von Haftungsrisiken, aber auch finanziellen Möglichkeiten dargestellt und die Notwendigkeit zum Abschluss einer Versicherung vermittelt. Nach derzeitigem Stand sind insgesamt 15 SkF-Ortsvereine und die SkF Zentrale e.V. dem D&O-Rahmenvertrag beigetreten.

**Jahresabschluss 2007**

Der Jahresabschluss 2007 der SkF Zentrale ist geprägt von einmaligen Sondereffekten, die zu einer Verbesserung der Finanzierungssituation geführt haben. Die wichtigsten einmaligen Sondereffekte im Jahr 2007 waren:

- a) Die Personalaufwendungen konnten im Verhältnis zum Jahr 2006 im Saldo, trotz allgemeiner Personalkostensteigerungen (Bewährungsaufstiege, Einmalzahlung AVR) um 39.458,85 Euro gesenkt werden. Dies liegt zum einen an der bis zum Ende August kostenfreien Abordnung von Frau Steinborn (Referat Sozialmarketing und Öffentlichkeitsarbeit) und zum anderen an einer Krankheit einer Mitarbeiterin, für die im Jahr 2007 kein Ersatz eingestellt worden ist.
- b) Mit einer für das Jahr 2007 sehr erfolgreichen Akquisition für ein Projekt der Verwaltung im Bereich der Mittel aus der Lotterie GlücksSpirale, konnten die Einnahmen hier um insgesamt 63.747,05 Euro gesteigert werden, was einer einmaligen Erhöhung der Mittel um ca. 54 % im Verhältnis zum Jahr 2006 entspricht. Diese Sondereffekte führten zu einer Verminderung des Defizits der SkF Zentrale vor Entnahme von Zinserträgen und Substanz aus dem um 100.137,56 Euro von - 324.216,43 Euro (2006) auf -224.078,87 Euro (2007). Leider sind diese einmaligen Sondereffekte für die Folgejahre nicht zu erwarten.



**Tabelle - Jahresabschluss 2007**

Bezeichnung	2006	2007
Umsatzerlöse	1.402.034,65 •	1.426.297,04 •
Sonstige betr. Erträge	515.541,70 •	575.190,55 •
Zinserträge	3.389,17 •	4.436,97 •
<b>Gesamterträge</b>	<b>1.920.965,52 •</b>	<b>1.929.959,50 •</b>
Personalaufwendungen	1.368.411,60 •	1.328.952,75 •
Sachkosten	354.849,32 •	357.013,40 •
Abschreibungen	94.626,53 •	103.847,47 •
Sonstige betr. Aufwendungen	403.768,51 •	418.108,83 •
Zinsaufwendungen	23.525,99 •	22.080,98 •
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>2.245.181,95 •</b>	<b>2.230.003,43 •</b>
Ergebnis	<b>- 324.216,43 •</b>	<b>- 300.043,93 •</b>
<b>Zuschuss aus Vermögen</b>	<b>300.000,00 •</b>	<b>275.000,00 •</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>- 24.216,43 •</b>	<b>- 25.043,93 •</b>

**5.2 Das NeuHaus - Bildung und Begegnung im SkF (Dortmund)**

Die Hauptbelegung des Tagungshauses „Das NeuHaus - Bildung und Begegnung im SkF“ erfolgt durch die SkF Zentrale mit ihren Fortbildungsveranstaltungen und Organtagungen. Innerhalb des im Sinne eines Zweckbetriebes erlaubten Rahmens ist auch eine Belegung durch externe Personen und Organisationen möglich.

Insgesamt bleibt jedoch die Abhängigkeit des Tagungshauses von der Belegung durch die SkF Zentrale deshalb problematisch, da zum einen die Unterkunfts- und Verpflegungspreise mit Rücksicht auf die Gesamtkosten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Veranstaltungen nicht-kostendeckend erhoben werden können, zum anderen erfolgt eine Belegung durch die SkF Zentrale des Sozialdienst katholischer Frauen nicht in den Sommermonaten (Mitte Juni bis August), so dass in dieser Zeit eine schwache Belegung zu verzeichnen ist.

Eine Kompensation dieser Ausgangslage durch Fremdbelegungen (bei denen deutlich höhere Entgelte erhoben werden) ist aus steuerlichen Gründen limitiert. Aus diesen Gründen ist das Tagungshaus „Das NeuHaus - Bildung und Begegnung im SkF“ weiterhin von einem Zuschuss seines Trägers abhängig, um eine ausreichende Liquidität sicherstellen zu können. Dieser Zuschuss des Trägers konnte seit dem Jahr 2003 jährlich gesenkt werden. Die erfolgreiche Kooperation mit DortmundTourist wurde intensiviert und hat zu weiteren Belegungen ge-

führt. Auch wurde der Anteil von Belegungen aus Geschäftsreisen und Montage-Aufenthalten deutlich gesteigert.

Die Mitarbeiterinnen des NeuHaus haben in Kooperation mit der Jugendhilfe Am Rohns (Ausbildungsbereich) das Projekt „Gesundes Kochen“ als außerschulische Freizeitmaßnahme entwickelt. Ein Antrag auf Zuschuss dieses Projekts wurde durch die Lotterie GlücksSpirale bewilligt, wobei die Sparkasse Dortmund ebenfalls finanzielle Unterstützung geleistet hat. In zwei Veranstaltungen konnten Jugendlichen aus der Jugendhilfe am Rohns (Göttingen) und aus dem Johannesstift Wiesbaden (Wiesbaden) mit einem interessant gestalteten Programm, gesundes Kochen und hauswirtschaftliche Kompetenzen näher gebracht werden. Dank der besonderen Hilfe externer Partner aus der dortmunder Wirtschaft, waren verschiedene Besichtigungen und Vorträge möglich.



Tabelle - Das NeuHaus

Bezeichnung	2006	2007
Umsatzerlöse	130.800,39 •	109.357,00 •
Zuschuss aus Vermögen	62.489,48 •	70.533,15 •
Sonstige betr. Erträge	8.909,72 •	7.474,01 •
Zinserträge	219,51 •	211,83 •
<b>Gesamterträge</b>	<b>202.419,10 •</b>	<b>187.575,99 •</b>
Personalaufwendungen	134.412,39 •	131.278,41 •
Sachkosten	47.661,66 •	25.502,94 •
Abschreibungen	5.129,05 •	6.042,43 •
Sonstige betr. Aufwendungen	14.909,72 •	24.416,53 •
Zinsaufwendungen	306,28 •	335,68 •
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>202.419,10 •</b>	<b>187.575,99 •</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>0,00 •</b>	<b>0,00 •</b>

5.3 Anna-Zillken-Berufskolleg

Das Anna-Zillken-Berufskolleg wurde im Geschäftsjahr von durchschnittlich 380 Schülerinnen, Schülern und Studierenden besucht.

Im Einzelnen:

- Fachschule für Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik: 87
- Fachschule für Sozialwesen, Fachrichtung Heilpädagogik: 45
- Zweijährige Berufsfachschule, Typ Sozial- und Gesundheitswesen: 126
- Höhere Fachschule für Sozialarbeit (bis Sommer 2007) 58
- BerufspraktikantInnen durchschnittlich: 103
- Berufliches Gymnasium für Erziehung und Soziales, ErzieherIn/ AHR: 45



Sehr viele AbsolventInnen konnten in eine berufliche Tätigkeit übernommen werden, und so zeichnet sich unser Berufskolleg weiterhin als praxisorientierte Ausbildungsstätte aus. Die Personalsituation stabilisierte sich in diesem Jahr. Wir konnten Herrn Herrmann mit Mathematik und Musik, Frau Rühl mit Deutsch und Sozialpädagogik sowie Herrn von Haaren mit Englisch und Pädagogik als neue Mitarbeiter gewinnen, so dass wir zu Beginn des Schuljahres 2007/2008 mit einem motivierten und zahlenmäßig kräftigen Kollegium aufgestellt waren. Frau Vehr verließ unsere Schule am Ende des letzten Schuljahres, um in den öffentlichen Schuldienst zu wechseln. Drei Mitarbeiter unterstützten uns tatkräftig in der Verwaltung der Mediothek und des Sekretariats, die im Rahmen eines sog. „Ein-Euro-Jobs“ durch die ARGE an uns vermittelt wurden: Frau Rösner, Herr Lachmann und Frau Sabotic.

Im Jahr 2007 legten 19 Heilpädagoginnen im Januar das Examen ab und erwarben die staatliche Anerkennung. 56 Schülerinnen und Schüler absolvierten bis zum Juli erfolgreich die Fachschule für Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik, 38 Studierende die Höhere Fachschule für Sozialarbeit. 16 SchülerInnen der Zweijährigen Berufsfachschule konnten ihre Ausbildung beenden. 72 BerufspraktikantInnen erwarben im Sommer die staatliche Anerkennung als ErzieherIn oder SozialarbeiterIn.

Ihre Unterstützung wissen wir sehr zu schätzen, da sie Aufgaben übernehmen, die ansonsten nicht finanziert würden. Mit zwei 400 Euro-Jobs konnten wir Unterstützung gewinnen im Bereich der Verwaltung sowie in der Wartung unserer PC-Anlage: Frau Brasch und Herrn Breuker.

Der Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit lag auch in diesem Jahr eindeutig in der Bildungsgangarbeit. Die zweijährige Berufsfachschule, Typ Sozial- und Gesundheitswesen, ging in diesem Sommer in das dritte Ausbildungsjahr und stellt sich auf dem Ausbildungsmarkt im Großraum Dortmund als überzeugender Bildungsgang dar. So konnten wir mit drei Unterkursklassen das neue Schuljahr beginnen und 75 neuen Studierenden die Möglichkeit einer umfassenden und soliden Ausbildung im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens bieten. Die ersten Absolventen dieses Bildungsgangs, die im Sommer ihre Prüfung machten, attestieren uns, dass sie sich auf die Anforderungen eines folgenden Studiums an einer Fachhochschule oder eines folgenden Bildungsgangs im beruflichen Bildungswesen bestens vorbereitet erleben.

Der jüngste Bildungsgang, das berufliche Gymnasium für Erziehung und Soziales, ErzieherIn mit Abitur, etabliert sich zunehmend. Scheinbar gelingt es den dort unterrichtenden KollegInnen und der Abteilungsleitung, den Spagat zwischen einer handlungsorientierten Berufsausbildung einerseits und den Anforderungen des Zentralabiturs andererseits zu meistern. Das Leistungsniveau in diesem Bildungsgang ist sehr hoch, was von allen Beteiligten, Studierenden, Eltern, KollegInnen und PraxisanleiterInnen sehr geschätzt wird.

In der Fachschule für Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik sowie in der Fachschule für Sozialwesen, Fachrichtung Heilpädagogik, arbeitet man weiterhin an der Umsetzung der so genannten Lernfelddidaktik. Maßgabe aller Bemühungen sind berufliche Handlungsfelder, die Ausgangspunkt für das schulische Lernen sind. Hier einen Einklang zu finden zwischen kontextuellen Anforderungen aus der Praxis und einer Fachsystematik muss stets auf das Neue ausgelotet werden.

Gelassen sehen wir der in der Öffentlichkeit stattfindenden Diskussion um die Akademisierung der genannten Fachschulausbildungen entgegen. Es wird sich zeigen, ob durch das Zaubervort der Akademisierung letztendlich eine höhere Qualität gesichert werden kann, wenn es darum geht, den erweiterten beruflichen Anforderungen zu genügen. Im Sommer verabschiedeten wir die letzten Studierenden der Höheren Fachschule für Sozi-

alarbeit, dem ehemaligen Aushängeschild unserer Schule. Wie berichtet können wir diesen Bildungsgang nicht mehr weiterführen, da er durch das Land NRW nicht mehr refinanziert wird. Nunmehr sind nur noch Studierende im Berufspraktikum, so dass ab Sommer 2008 der Bildungsgang gänzlich geschlossen werden kann.

Zur Wissensbilanzierung unserer Schule traf sich das Kollegium in zwei Workshops, um so genannte „Softskills“ unseres Berufskollegs nicht nur benennen, sondern diese mit Indikatoren bestimmen und in Zahlen darstellen zu können. Dieser für uns ungewohnten Form der Analyse und Darstellung von „Dienstleistungsqualitäten“ der Ausbildungsstätte nähern wir uns weiterhin in Kleingruppenarbeiten, die es neben den alltäglichen Konferenzgeschäften zu erledigen gilt. Als bildungsgangübergreifender Ausbildungsschwerpunkt kristallisieren sich Bildungsangebote im Bereich der Erlebnispädagogik heraus. So führen im September zum wiederholten Mal Studierende und Lehrer zu einer erlebnispädagogischen Lerneinheit nach Slowenien, um beim Kanufahren und –rafting, beim Klettern, Bergsteigen und –seilen an persönliche Grenzen zu kommen und diese zu überwinden.



Die Finanzierung unserer Schule zeigte sich auch im Jahr 2007 zwar entspannt, weil wir mit Hilfe freiwilliger Spenden das strukturelle Haushaltsdefizit ausgleichen können, dennoch bleibt kaum Raum für die dringenden fortlaufenden Renovierungsarbeiten des in den 50er Jahren gebauten Hauses. Auch wird uns durch unser Wirtschaftsprüfungsunternehmen immer wieder attestiert, dass die Finanzierung zwar solide ist, die Liquidität der Schule allerdings bedenklich sei. Da spätestens ab 2009 die Refinanzierung der Schule durch die Bezirksregierung pauschaliert wird und gerade im Bereich der Bewirtschaftungspauschale Kürzungen vorgenommen werden, begannen wir Mitte des Jahres damit, mit Hilfe eines Workshops zur Qualifizierung der erweiterten Schulleitungsebene für das Bewirtschaf-



ten einer selbstständigen Schule Überlegungen zur weiteren Gelderakquirierung und für Sparmaßnahmen zu treffen. So werden wir zum Jahresbeginn 2008 im Bereich der Verwaltung und im Bereich der Reinigung der Schule neue Dienstleister in Anspruch nehmen und den Dienstleistungsumfang kürzen. Die von uns geplante Installation einer Fotovoltaikanlage auf dem Dach unserer Schule konnte leider nicht realisiert werden.



Erstmals in der Geschichte der Schule führten wir im September einen Sponsorenlauf durch, an dem alle KollegInnen und Studierenden teilnahmen. Die Hälfte der beachtlichen Summe von 4.200,00 Euro, die erlaufen wurden, stellten wir der Dortmunder Mitternachtsmission

für das Projekt „Kinder und Jugendliche in Prostitution“ zur Verfügung, da wir der Meinung sind, dass unser eigener chronischer Geldmangel nicht dazu führen darf, die Solidarität mit denen, die noch weniger haben als wir, zu vergessen.

Die bauliche Situation unseres Schulgebäudes bleibt im Jahr 2007 weiterhin angespannt. Zwar erhielten wir im Frühjahr die Baugenehmigung zur Umsetzung des Brandschutzkonzeptes und konnten in den Sommerferien mit dem Umbau beginnen, jedoch sind die Arbeiten noch nicht abgeschlossen. Auch fallen immer wieder Arbeiten an, die aus der Bauunterhaltungspauschale finanziert werden können, dennoch fordert das alte Gebäude aus den 50er Jahren einen steten Renovierungsaufwand, der aus eigenen Mitteln kaum zu stemmen ist. Wir benötigen aufgrund der neuen Bildungsgänge ein verändertes Raumkonzept und eine veränderte Raumausstattung. Auch diese Projekte werden wir nur dann umsetzen können, wenn genug Spendengelder akquiriert sind. Mit einer finanziellen Unterstützung von 1.000 Euro aus dem so genannten „Ameisenfonds“ der Stadt Dortmund werden wir den Innenhof unserer Schule umgestalten und einen „Garten Eden“, ein Kleinod zur Entspannung, zum Naturerlebnis und zur Begegnung, anlegen können.

#### 5.4 Anna-Katharinenstift Karthaus

Die bereits im Jahr 2004 geplanten und in den Folgejahren konsequent durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen – insbesondere für den Heimbereich – gehen weiter voran. Dies bedeutet einerseits, fachliche Vorhaben und Projekte weiter voran zu treiben – wie Dezentralisierung und Ambulantisierung, Wohnformen für psychisch behinderte Menschen zu schaffen und sich überhaupt neuen Zielgruppen zu öffnen - sowie andererseits bzw. gleichzeitig einen betriebswirtschaftlich positiven Kurs in den Blick zu nehmen. Dies bedeutet zunehmende Anforderungen an alle Mitarbeiter/innen. Nachdem es im Jahr 2007 zum Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem LWL gekommen ist (Inhalt dieser Zielvereinbarung ist der Abbau von 15 stationären Plätzen bei gleichzeitigem Ausbau ambulanter Wohnangebote) wird deutlich, dass der Spagat zwischen wirtschaftlicher Sicherung der Einrichtung und der fachlich notwendigen Weiterentwicklung immer komplizierter wird. Im Blick auf die in den nächsten Jahren weiter anstehenden Dezentralisierungs- und Ambulantisierungsmaßnahmen - verbunden mit einem Platzabbau im stationären Bereich - werden weiterhin an die Einrichtung vor allem in finanz- und personalwirtschaftlicher Hinsicht große Anforderungen gestellt. U. a. wird es nicht mehr möglich sein, aus dem stationären Bereich Rücklagen zu bilden.

#### Finanz- und Ertragslage, Liquidität

Im Jahre 2007 haben sich die Finanz- und Ertragslage, sowie die Liquiditätssituation weiter stabilisiert. Die Belegung der Plätze im stationären Bereich liegt am 31.12.2007 bei 349 Bewohnern, dies entspricht einer Durchschnittsbelegung von 347 Plätzen. Im ambulant betreuten Wohnen werden derzeit 32 Klienten betreut, was einer Durchschnittsbelegung von 21 Plätzen entspricht. Im Wirtschaftsjahr 2006 konnten einmalig, bedingt durch die Anerkennung höherer Leistungstypen und Hilfebedarfsgruppen durch die Kostenträger, die Pflegesätze gegenüber 2005 um durchschnittlich 3,72 Euro je Pflegetag gesteigert werden. Im Wesentlichen konnte durch diese Steigerung der bilanzielle Verlust der Wirtschaftsjahre 2004 und 2005 ausgeglichen werden. Im vergangenen Wirtschaftsjahr 2007 lag die Steigerung der Pflegesätze bei durchschnittlich 0,78 Euro je Pflegetag. Aufgrund der weiterhin guten Belegung im stationären Wohnangebot, der Fortführung der angemessenen Personalentwicklung kann trotz der nicht durch die Pflegesätze refinanzierten Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 3 % und der Preissteigerungen im Energiebereich mit einem deutlich positiven Jahresergebnis gerechnet werden.

#### Baumaßnahmen im Jahr 2007

- „Clemens-August-Haus in Buldern“  
Bereits im Jahre 2006 wurde im Ortsteil Buldern ein Grundstück im Bereich des Bebauungsplanes „Die Nielen“ erworben. Dort wurde im Jahre 2007 ein Wohnhaus errichtet, in dem 14 Plätze für Menschen mit geistiger und/ oder psychischer Behinderung vorhanden sind.
- „Haus Drobner“  
Das angemietete Objekt „Haus Drobner“, das sich in zentraler Lage der Stadt Dülmen befindet, dient der Erweiterung des Wohnangebotes für Menschen mit psychischer Behinderung.
- „Kontakt- und Informationsbüro in Dülmen“  
Besser erreichbar für die Zielgruppe der betreuten Menschen mit geistiger und psychischer Behinderung ist nun das Kontakt- und Informationsbüro des ambulant betreuten Wohnens (ABW). Mit Fertigstellung und Einweihung des Büros in der Dülmener Innenstadt ist das Angebot des Anna-Katharinenstiftes jetzt direkt vor Ort präsent und ermöglicht neben geplanten Beratungsgesprächen auch den spontanen Kontakt in schwierigen oder krisenhaften Situationen. Auch vielfältige Gemeinschafts- und Gruppenangebote erfreuen sich lebhaften Interesses. Bedingt durch eine stetige Zunahme wurden zum Ende des Jahres 2007 32 Personen im ambulanten Wohnen betreut. Außerdem wurden zum gleichen Zeitpunkt drei erwachsene Personen durch die ambulante Familienpflege unterstützt.

#### Persönliche Zukunftsplanung von Bewohnerinnen und Bewohnern



Im Rahmen einer persönlichen Zukunftsplanung erhielten die Bewohner/innen des Anna-Katharinenstiftes Karthaus die Möglichkeit, ihre Wünsche und Ziele für die persönliche Zukunftsplanung zu ergründen und möglichst deutlich und zielgerichtet zu formulieren. Während eines eintägigen Workshops und durch die nachfolgende Unterstützung der Betreuungspersonen ihrer Wohngruppen wurden sie in diesem Prozess begleitet.

Tabelle - Anna-Zilken-Berufskolleg

Bezeichnung	2006	2007
Umsatzerlöse	1.788.774,78 •	1.824.610,59 •
Zuschuss aus Vermögen	0,00 •	0 •
Sonstige betr. Erträge	110.445,81 •	142.659,16 •
Zinserträge	1.510,60 •	2.769,22 •
<b>Gesamterträge</b>	<b>1.900.731,19 •</b>	<b>1.970.038,97 •</b>
Personalaufwendungen	1.632.576,31 •	1.724.971,18 •
Sachkosten	99.851,92 •	95.170,31 •
Abschreibungen	26.296,10 •	34.010,12 •
Sonstige betr. Aufwendungen	138.610,17 •	114.880,10 •
Zinsaufwendungen	320,43 •	343,84 •
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>1.897.654,93 •</b>	<b>1.969.375,55 •</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>3.076,26 •</b>	<b>663,42 •</b>



In den meisten Fällen war die persönliche Zukunftsplanung auf Ziele im unmittelbaren Lebensumfeld gerichtet wie bspw. Veränderungen im Tagesablauf, Formen der Freizeit- und Urlaubsgestaltung bis hin zu Umzugswünschen in andere Wohngruppen oder Wohnformen. Für insgesamt 18 Personen führte die Planung im Ergebnis zur Entscheidung, einen Wechsel in das ambulant betreute Wohnen vorzunehmen und somit die stationäre Betreuung in der Wohngruppe zu verlassen. Diese Perspektive wurde gemeinsam mit den betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern und ihren gesetzlichen Betreuern oder Angehörigen im Rahmen intensiver Beratungsgespräche erarbeitet. Parallel zu diesem Projekt wurde mit dem überörtlichen Kostenträger, dem Landschaftsverband Westf.-Lippe, eine Zielvereinbarung vorbereitet und letztendlich abgeschlossen. Neben dem Wechsel der 18 Personen in eine andere Betreuungsform umfasst die Vereinbarung wirtschaftliche und organisatorische Aspekte. Mit dem Wechsel von stationären in ambulante Betreuungsformen und begrenzter Wiederbelegung der freiwerdenden Wohnplätze ist die Vereinbarung von Seiten des Kostenträgers auf eine mittelfristige Reduzierung der Platzzahl im stationären Wohnangebot ausgerichtet. Zur Umsetzung der Zielvereinbarung ist das Jahresende 2008 festgelegt.

**Über-Mittag-Betreuung in den Werkstätten Karthaus**

Eine besondere Veränderung des Betreuungsangebotes stellt die Über-Mittag-Betreuung der Bewohner/innen in den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) dar. Seit Anfang Mai nehmen die Bewohner/innen ihr Mittagessen nicht mehr in der Wohngruppe ein und werden in der Mittagszeit im Rahmen des Arbeitsortes beköstigt und betreut. Der Wandel erforderte eine intensive Planung und Vorbereitung in konzeptioneller und logisti-

scher Hinsicht. Durch eine enge Vernetzung zwischen dem Heimbereich und der WfbM gelang es, betreuungs- und pflegerrelevante Aspekte abzugleichen, die Möglichkeit von Ruhezeiten in der WfbM einzuräumen sowie die Umgestaltung der Dienstzeiten in den Wohngruppen. Die Bewohner/innen bewerten die Veränderung und den dadurch um eine Stunde früheren Feierabend überwiegend positiv. Die Tätigkeit der Mitarbeiter/innen im Wohngruppendienst verändert sich maßgeblich durch die Verlagerung betreuungsintensiver Zeiten von Mittag- auf Abendstunden und die Wochenenden.

**Abschied von langjährigen Wegbegleitern**

Im Laufe des Jahres war der Abschied von wichtigen Menschen für die Bewohner/innen, Beschäftigten und Mitarbeiter/innen im Haus unvermeidbar. Im April wurde der Verwaltungsleiter Werner Schonrath nach 30 Dienstjahren in den verdienten Ruhestand verabschiedet. In einer sehr persönlich gestalteten Abschiedsfeier bestand für die Weggefährten die Möglichkeit, ihm „auf Wiedersehen“ zu sagen. Ebenfalls verabschiedet wurden die drei Ordensschwwestern Sr. Agnilda, Sr. Dorothea und Sr. Reinhild des Heiligen Herz-Jesu Ordens Hiltrup. Sie waren die letzten drei im Haus tätigen Vertreterinnen des Ordens, der vor 86 Jahren die Arbeit in der ehemaligen Zuckerfabrik aufnahm. Mit ihrem Abschied ging eine Ära des Anna-Katharinenstiftes zu Ende, dessen Erhalt an die verbleibenden weltlichen Mitarbeiter/innen besondere Ansprüche im Hinblick auf das religiöse Leben und die Kultur im Hause stellt.

Am 10. Oktober 2007 verstarb Pfarrer Alfons Rübeng, der mehr als 10 Jahre Seelsorger im Haus war. Trotz langjährig bestehender Gesundheitsprobleme kam sein Tod überraschend und stimmte Bewohner/innen, Beschäftigte und Mitarbeiter/innen traurig.

**Werkstätten Karthaus**

Die Finanzierung der Werkstätten erfolgt in erster Linie über die von den Kostenträgern gezahlten Tagessätze. Die Tagessätze im Berufsbildungsbereich sind gegenüber dem Jahr 2006 geringfügig um 1,2 % gestiegen. Die Tagessätze für den Arbeitsbereich der Werkstatt sind im Jahr 2006 geringfügig um 0,3 % gesunken. Die Verringerung der Tagessätze resultiert aus der neuen Belegungskalkulation im Verhältnis zu den gleich bleibenden Fixkostenpauschalen. Dem gegenüber stehen gestiegene Kosten, insbesondere im Personalbereich. Die dennoch gute Stabilität der Finanzen ist auf eine positive Entwicklung der Belegung zurück zu führen. Mit insgesamt 162.004 Betreuungstagen im Jahr 2007, war die Summe der Betreuungstage um 7.999 Tage höher als im Jahr 2006. Dies entspricht einem Anstieg um 5,19 %. Zum 31.12.2007 waren in den Werkstätten Karthaus insgesamt 459 Menschen mit Behinderungen tätig.

Tabelle - Werkstätten Karthaus

Bezeichnung	2006	2007
Umsatzerlöse	6.629.545,42 •	7.185.882,88 •
Zuschuss aus Vermögen	0,00 •	0,00 •
Sonstige betr. Erträge	2.698.499,54 •	2.956.204,64 •
Zinserträge	33.902,45 •	51.033,00 •
<b>Gesamterträge</b>	<b>9.361.947,41 •</b>	<b>10.193.120,52 •</b>
Personalaufwendungen	6.359.459,81 •	6.748.130,34 •
Sachkosten	1.444.626,83 •	1.537.315,17 •
Abschreibungen	472.505,49 •	515.304,37 •
Sonstige betr. Aufwendungen	958.645,88 •	1.237.040,43 •
Zinsaufwendungen	76.206,26 •	72.701,57 •
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>9.311.444,27 •</b>	<b>10.110.491,88 •</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>50.503,14 •</b>	<b>82.628,64 •</b>

Tabelle - Anna-Katharinenstift Karthaus

Bezeichnung	2006	2007
Umsatzerlöse	12.772.808,27 •	13.266.616,00 •
Zuschuss aus Vermögen	0,00 •	0 •
Sonstige betr. Erträge	1.122.626,26 •	1.349.582,82 •
Zinserträge	34.984,59 •	53.057,63 •
<b>Gesamterträge</b>	<b>13.930.419,12 •</b>	<b>14.669.256,45 •</b>
Personalaufwendungen	9.466.731,14 •	9.697.828,44 •
Sachkosten	1.604.296,49 •	1.668.492,92 •
Abschreibungen	735.705,49 •	1.067.813,51 •
Sonstige betr. Aufwendungen	1.488.699,65 •	1.666.576,87 •
Zinsaufwendungen	410.987,14 •	419.551,23 •
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>13.706.419,91 •</b>	<b>14.520.262,97 •</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>223.999,21 •</b>	<b>148.993,48 •</b>

**5.5 Private Förderschule Schule Haus Widey**

*Aktionswochel Informationstag*

In der Woche vom 20. bis 24. August 2007 führte die Schule Haus Widey eine Projekt- bzw. Aktionswoche durch. „Unterricht mal anders“ in neuen altersübergreifenden Gruppen, mit anderen Lehrern und vor allem ohne Leistungsdruck wurde von den Schülerinnen und Schülern gerne angenommen. Die Angebote waren:

- Tänzen (moderne Tänze)
- Wassersport
- Zirkus
- Tierwelt

- Herstellen von Gebäck
- Künstlerisches Gestalten
- Werken

Gleichzeitig wurden von den Schülern und Lehrern Dokumentationen und Aktionen für den Informationstag der Schule Haus Widey vorbereitet. Als rundum gelungen konnte dieser Tag bezeichnet werden, - das jedenfalls war der einmütige Kommentar von Gästen, Schülern und Lehrern. Gezeigt wurde das ganze Spektrum der Schule Haus Widey: Die Sekundarstufe I stellte sich mit ihrer Aktionswoche dar, die dem Informationstag vorangegangen war. Breakdance, künstlerische Gestaltung, Zirkus-AG und die Wassersportgruppe fanden viel



Gefallen beim Publikum. Die Berufsschule stellte sich in ihren Bereichen zusammen mit den Kooperationspartnern - Kolping-Bildungszentrum und Sozialpädagogisches Zentrum St. Lioba Paderborn - vor. Selbstverständlich kam auch das leibliche Wohl der Gäste nicht zu kurz. Für Kaffee und Kuchen, Würstchen und leckere Kartoffelwaffeln war gesorgt. Zu alledem gab es viele Gespräche zwischen Gästen, Eltern und Lehrern, die Anregungen und Ideen enthielten.

*Schulentlassung*

Die erfolgreiche Arbeit von Schülern und Lehrern der Schule Haus Widey im Schuljahr 2006/2007 führte zur Vergabe von insgesamt 27 Schulabschlüssen, davon waren fünf „Mittlere Schulabschlüsse“ (Hauptschulabschluss nach Klasse 10B) Damit haben weit über 90 % unserer Schüler der Jahrgangsstufen 9 und 10 einen Schulabschluss erhalten und können sich nun voll auf



den Einstieg in das Berufsleben konzentrieren. Auf Grund der intensiven praktischen und theoretischen Vorbereitung und Unterstützung bei der beruflichen Integration haben praktisch alle Schüler eine Anschlussausbildung, einen Arbeitsplatz oder eine weitergehende Schulaus-

bildung vor sich. In unserer Berufsschule konnten über 90 % der Teilnehmer der berufsvorbereitenden Lehrgänge in eine Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden. Trotz der immer mehr ausufernden Bürokratie in der Schule und der dadurch bedingten Umlenkung der Arbeitskraft der Lehrer/innen von Unterricht und pädagogischer Arbeit mit dem Schüler in Bewältigung von Verwaltungsarbeit und Ablage in Aktenordnern ist dies eine gute Bilanz und Ermutigung für das nächste Schuljahr.

*Skifahrt ins Hochzillertal*

Die Schule Haus Widey fuhr zum neunten Mal zur Skifahrt ins Hochzillertal. Fest verankert im Schulprogramm stellen wir jedes Jahr aufs Neue fest, dass diese Natursportart die Persönlichkeitsentwicklung unserer Schülerinnen und Schüler im besonderen Maße fördert. Auch in diesem Jahr stand wieder neben dem Erwerb sportlichen Könnens und somit des Selbstvertrauens, der Gesundheits- und Umwelterziehung, die gezielte Unterstützung der sozialen Einbindung des Einzelnen in die Gruppe im Vordergrund der pädagogischen Arbeit. Die drei als Skilehrer qualifizierten Lehrer/innen leisteten eine intensive Betreuung bei der Skiausbildung. Dadurch konnte wieder besondere Rücksicht auf den individuellen Entwicklungsstand eines jeden einzelnen Schülers und seines spezifischen Sozialverhaltens genommen werden. Im Laufe der Skiwoche konnte erneut, losgelöst von den normalen häuslichen und schulischen Rahmenbedingungen, festgestellt werden, dass sich das Gruppenklima mit jedem Tag merklich verbesserte und die Rücksichtnahme untereinander größer wurde. Dies wurde auch bei der Rückkehr in die Schule sehr deutlich. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Skifahrt wirkten mit ihrem veränderten Sozialverhalten als Multiplikatoren für die Mitschülerinnen und Mitschüler.

**5.6 Jugendhilfzentrum Haus Conradshöhe (Berlin)**

Der Jahresbericht des Jugendhilfzentrums Haus Conradshöhe informiert zunächst über seine Belegungs- und Personalentwicklung im Jahr 2007. Das nach wie vor positive Gesamtergebnis soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Einrichtung seit einigen Monaten mit wesentlich ungünstigeren Rahmenbedingungen konfrontiert ist, deren unmittelbar spürbare negative Auswirkungen jedoch bis dato aufgefangen werden konnten.

*Belegungs- und Personalentwicklung*

Das Geschäftsjahr 2007 war ein finanziell erfolgreiches Jahr, weil die Belegungsauslastung der Einrichtungen (105 Plätze) und die Auftragslage der ambulanten Maßnahmen des Jugendhilfzentrums sehr gut waren. Obwohl einzelne Wohngruppen (wie die Kriseneinrichtung mit psychologischem Clearing) leicht unter 100 % belegt waren, waren andere leicht darüber ausgelastet, so dass wir im Jahresdurchschnitt eine ca. 100-prozentige Auslastung erreicht haben. Um kostendeckend arbeiten zu können, ist eine ca. 97-prozentige Auslastung notwendig.

Berlin ist das einzige Bundesland, das nach offiziellen Statistiken die Staatsausgaben in der Jugendhilfe in den letzten beiden Jahren tatsächlich reduziert hat.

Obwohl auch wir

- Entgeltreduzierungen im beträchtlichen Umfang hinnehmen mussten
- von Jahr zu Jahr eine starke Fluktuation im Heim und in den Kriseneinrichtungen (z.B. Inobhutnahmen) eingetreten ist
- die Kinder psychisch gestörter sind und
- die Konflikte der erwachsenen Familienmitglieder (Missbrauch, Mord, Sucht, Gewalt etc.) existentieller geworden sind,

konnten wir mit innovativen Konzepten und kreativen Strategien verhindern, dass Personal oder Plätze abgebaut werden mussten. Zum 31.12.2007 beschäftigte Haus Conradshöhe 97 fest angestellte MitarbeiterInnen, 4 Zivildienstleistende und 5 PraktikantInnen.

*Verändertes Unterbringungsverhalten des Jugendamtes Reinickendorf*

Da das Jugendamt Reinickendorf mit einer Kostenexplosion zu kämpfen hat (25 % Kostenanstieg in einem Zeitraum von einem Jahr; der Bezirk verliert den Status eines bürgerlichen Bezirks und wird zu einem weiteren Berliner Problembezirk), sind radikale Sparmaßnahmen beschlossen worden, die negative Auswirkungen auf unsere Belegung und die Auslastung unserer gesamten Einrichtung haben.

Auf Betreiben der Berliner Jugendämter waren im Jahr 2004 zwischen der Senatsverwaltung und den freien Trägern Entgeltvereinbarungen vertraglich vereinbart worden, an die sich die Jugendämter nun zum Teil selbst nicht mehr halten wollen: Zukünftig sollen die Kinder primär in Regelgruppen von Heimen untergebracht werden, die nicht teurer sein sollen als maximal 110 Euro pro Tag und Kind. Die Tagessätze liegen in unserem Heim jedoch in den Groß- und Erziehungswohngruppen zwischen 123 Euro und 128 Euro, einschließlich therapeutischer und psychologischer Leistungen.



In einem internen Papier vom 31.08.2007 weist der Stadtrat Herr Senftleben (SPD) das Bezirksamt Reinickendorf zu einem generell wesentlich veränderten Unterbringungsverhalten an: „Keine vollstationäre Unterbringung ab 16 Jahren, keine Verlängerung in vollstationärer Einrichtung ab 16 Jahren, Unterbringungen ab 14 Jahren nur nach vorheriger Einschaltung der Erziehungsberatungsstelle, die Belegung von Tagesgruppen wird bis auf weiteres ausgesetzt. Neue Unterbringungen von Kindern unter 4 Jahren erfolgen nur noch in Pflegefamilien. Ausnahmen sind 3 Monate Clearing zur Fragestellung, ob eine Rückkehr in die Familie möglich ist.“ Erfreulich ist, dass vorerst keine Herausnahmen aus „teuren Heimen“ geplant sind.

Die Wirkung der Sparmaßnahmen war schnell zu spüren; seit diesem Zeitpunkt bekommen wir keine Anfragen von unserem hiesigen Jugendamt mehr. Obwohl das Verhalten des Stadtrats Senftleben aufgrund der bestehenden Verträge ungesetzlich bzw. gesetzeswidrig ist, führten die vielfältigen Interventionen u. a. der Berliner freien Träger, der Wohlfahrtsverbände und der Senatsverwaltung zu keinem Erfolg. Kurzfristig konnten wir mit Aufnahmen von Kindern aus anderen Jugendämtern den Verlust des „Großkunden“ verkraften, mittel- und langfristig muss diese Strategie als hoch riskant bezeichnet werden. Nichtsdestotrotz ist Haus Conradshöhe entschlossen, sich auch weiterhin der Problematik zu stellen und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken.



Tabelle - Jugendhilfezentrum Haus Conradshöhe

Bezeichnung	2006	2007
Umsatzerlöse	4.781.692,23 •	4.925.989,01 •
Zuschuss aus Vermögen	0,00 •	0,00 •
Sonstige betr. Erträge	172.004,20 •	428.812,88 •
Zinserträge	18.108,08 •	30.503,74 •
<b>Gesamterträge</b>	<b>4.971.804,51 •</b>	<b>5.385.305,63 •</b>
Personalaufwendungen	3.878.726,01 •	3.813.089,55 •
Sachkosten	521.023,00 •	585.864,52 •
Abschreibungen	95.700,86 •	191.035,72 •
Sonstige betr. Aufwendungen	457.656,02 •	722.845,09 •
Zinsaufwendungen	13.914,99 •	13.587,67 •
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>4.967.020,88 •</b>	<b>5.326.422,55 •</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>4.783,63 •</b>	<b>58.883,08 •</b>

**5.7 Jugendhilfe Am Rohns (Göttingen)**

Im Jahresbericht für das Jahr 2007 wird auf die Entwicklungen und Veränderungen in einzelnen Bereichen unserer Einrichtung kurz näher eingegangen. Diese Gliederungspunkte beziehen sich auf folgende Bereiche:

- Hauswirtschaft und Ausbildung
- Tagesgruppen
- Mutter-Kind-Gruppen und stationäre Wohngruppen
- Schloss Wollershausen

*Hauswirtschaft und Ausbildung*

Der hauswirtschaftliche Bereich mit seiner Ausbildung wurde seit Ende 2006 immer weniger angefragt. Das heißt, die Jugendämter, denen wir eine Ausbildung im hauswirtschaftlichen Bereich vorschlugen, waren nicht mehr bereit, diese zu bezahlen. Sie sind der Ansicht, dass Ausbildung Aufgabe der Agentur für Arbeit ist und nicht der Jugendberufshilfe, so wie es im SGB XIII beschrieben ist. Dadurch haben wir ab Sommer 2007 nur noch zwei Auszubildende und trotz sehr vieler Versuche, die Ausbildung finanziell auf andere Beine zu stellen, müssen wir zum einen personelle Maßnahmen ergreifen und zum anderen die bereits bestehenden Aufträge (Belieferung des Mittagstischs für einen Kindergärten, Kuchenservice für das Restaurant „Graf Isang“ sowie verschiedene Caterings) lukrativ auszubauen, um die hauswirtschaftliche Abteilung aufrecht erhalten zu können.

*Tagesgruppen*

Im Frühjahr sind wir mit der Tagesgruppe „Katharina“ nach Göttingen an die Zienterrassen gezogen und haben dort sehr schöne Räumlichkeiten angemietet. Seitdem alle Tagesgruppen in Göttingen ansässig sind, hat sich unsere Anfragesituation positiv verändert. Die Anfragen im Sommer wurden alle aufgenommen und durch weitere Anfragen, die sich bis zum Ende des Jahres hinzogen, konnten wir die Gruppen überbelegen. Zudem sind wir seit einiger Zeit in der guten Position, die Tagesgruppen im Hinblick auf die immer gravierender werdenden Störungsbilder differenzierter zusammenzusetzen, um so eine pädagogisch wertvolle Gruppendynamik herzustellen.



*Mutter-Kind-Gruppen und stationäre Wohngruppen*

Im Frühjahr hatten wir eine so große Flut von Mutter-Kind-Anfragen, dass wir eine dritte Mutter-Kind-Gruppe eröffnet haben. Somit wurde die Wohngruppe Im Klump in Wollershausen in eine Mutter-Kind-Gruppe umfunktioniert und die im Jahr 2006 geschlossene Wohngruppe in Duderstadt nahm wieder ihren Betrieb auf.



Seit dieser Zeit hält die gute Anfragesituation im Mutter-Kind-Bereich an, so dass wir kaum einen freien Platz haben, da in der Regel ein frei gewordener Platz sofort wieder belegt wird. Es kristallisiert sich immer deutlicher heraus, dass hauptsächlich die folgenden Problembeispiele in den Mutter-Kind-Gruppen angefragt werden. Diese sind im Besonderen Suchtproblematiken, junge Frauen mit stark verwahrlostem bzw. vernachlässigtem Hintergrund und Mütter mit starker Lern- bzw. geistiger Behinderung.

Tabelle - Jugendhilfe Am Rohns

Bezeichnung	2006	2007
Umsatzerlöse	2.892.302,83 •	2.727.345,81 •
Zuschuss aus Vermögen	0,00 •	0,00 •
Sonstige betr. Erträge	208.730,26 •	130.768,98 •
Zinserträge	4.506,28 •	6.929,94 •
<b>Gesamterträge</b>	<b>3.105.539,37 •</b>	<b>2.865.044,73 •</b>
Personalaufwendungen	2.293.211,28 •	2.088.236,61 •
Sachkosten	377.106,33 •	336.469,29 •
Abschreibungen	91.995,64 •	153.503,58 •
Sonstige betr. Aufwendungen	232.323,02 •	249.217,42 •
Zinsaufwendungen	73.476,57 •	80.583,83 •
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>3.068.112,84 •</b>	<b>2.908.010,73 •</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>37.426,53 •</b>	<b>- 42.966,00 •</b>

Ein Problem ist nach wie vor der stationäre Mädchenbereich. Hier gibt es wenige Anfragen oder aber die jungen Mädchen und Frauen sind psychisch so sehr belastet, dass die Gruppendynamik nur begrenzt tragbar ist und dadurch Aufenthalte abgebrochen werden müssen.

*Immobilie Schloss Wollershausen*

Der Verkauf des Schlosses konnte leider auch in 2007 noch nicht realisiert werden. Der Verein „Selber e.V.“ zeigt nach wie vor großes Interesse. Er prüft zurzeit, eventuelle Zuschüsse von Stadt und Land zu beantragen und führt Gespräche mit der Denkmalschutzbehörde und den Bauämtern. Einige andere Interessenten für das Schloss konnten ebenfalls keine konkreten Aussagen treffen, da sie noch in der Entscheidungsfindung sind.

*Allgemeines*

Insgesamt gibt es in der ganzen Einrichtung eine positive Entwicklung in Bezug auf die tatsächliche Belegung, insbesondere im Tagesgruppen- und im Mutter-Kind-Bereich. Seit dem Umzug nach Göttingen hat auch die Förderschule keine Belegungsprobleme zu verzeichnen. Ein Thema, das uns immer wieder beschäftigt, ist das Älterwerden der Mitarbeiter und die steigenden Anforderungen durch die zunehmend psychisch sehr belasteten jungen Menschen mit schwerwiegenden Entwicklungsdefiziten. Neueinstellungen von jungen innovativen Mitarbeitern sind eher die Seltenheit, da ein bestehendes Arbeitsverhältnis nicht mehr ohne weiteres aufgegeben wird.



### 5.8 Schwangeren- und Familienberatungsstelle Landstuhl (Landstuhl)

Die Schwangeren- und Familienberatungsstelle des Sozialdienst katholischer Frauen ist eine Einrichtung in Trägerschaft des Sozialdienst katholischer Frauen -Zentrale e.V. in Dortmund und besteht seit 1954 in Landstuhl. Die Stadt Landstuhl hat 8.776 Einwohner, die Verbandsgemeinde Landstuhl mit 16.013 Einwohnern gehört zum Landkreis Kaiserslautern und liegt mitten in der Westpfalz.

Die Beratungsstelle in Landstuhl wurde vor 53 Jahren auf Bitten der Landesregierung in Mainz wegen der besonderen Truppenplatzsituation im benachbarten Ramstein (größter amerikanischer Militärflugplatz außerhalb der USA) und Landstuhl (größtes amerikanisches Militärkrankenhaus in Europa) gegründet. Das Besondere unserer Einrichtung in Landstuhl ist, dass wir nicht eingebettet sind in einem SKF-Ortsverein und die einzige SKF-Vertretung in der Diözese Speyer sind. Auch wenn wir mit 4 hauptamtlichen und 4 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die kleinste Einrichtung der SKF Zentrale sind, sind wir in der Diözese Speyer sehr gut vernetzt und sowohl regional als auch überregional im Kreis Kaiserslautern bekannt und geschätzt.

Das Treffen der Einrichtungsleiter mit dem Vorstand organisierten wir 2007 erstmalig in Landstuhl. Der Bürgermeister der Stadt würdigte das soziale Engagement des SKF vor Ort und lud zu einem Empfang ein. Als Zeichen seiner Wertschätzung trug sich Frau Thoma ins Goldene Buch der Stadt ein.



Der Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Beratung und konkrete Hilfe vor, während und nach einer Schwangerschaft sowie die Unterstützung und Begleitung bei der Gestaltung des zukünftigen Lebens mit dem Kind. Neben der Beratungsarbeit vor Ort bieten wir eine wöchentliche Außensprechstunde im 25 km entfernten Kusel an, sind seit drei Jahren im Projekt der Diözese Speyer der Schwangerschaftsberatung im Internet aktiv und haben

eine wöchentliche Sprechstunde auf der Entbindungs- sowie der Gynäkologischen Station im hiesigen St. Johannis-Krankenhaus.

Neu in unserem Angebot ist die Hebammensprechstunde in unseren Beratungsräumen. Wir konnten eine sehr kompetente Hebamme finden, die eine Zusatzausbildung zur Familienhebamme abgeschlossen hat.

Viele junge Frauen sind am Anfang im Umgang mit ihrem Baby verunsichert. Gerade beim ersten Kind sind Fragen zur Pflege, Grundversorgung und Ernährung vorhanden. Aber auch bei akuten Problemen wie beispielsweise Nahrungsverweigerung, Blähungen und Schreibabys ist eine schnelle Hilfe notwendig. Die Praxis zeigt, dass immer häufiger ein familiäres Umfeld fehlt, das Erfahrungen weiter geben kann und bei Bedarf unterstützend eingreift. Gerade auch vor dem Hintergrund der zurzeit viel besprochenen „Frühen Hilfen“ sehen wir in der Kooperation und Zusammenarbeit mit der Hebamme einen wichtigen Schritt, frühzeitiger Zugang zu Frauen in schwierigen Situationen zu bekommen, um sie beim Umgang mit ihren Babys zu unterstützen. Viele Klientinnen kennen uns schon durch die Schwangerschaft und haben somit weniger Schwellenangst. Die Hebammensprechstunde ist in unsere offene Sprechstunde am Donnerstag integriert. Aus unserer Sicht erleichtert dies den Zugang für die Frauen.

Ebenfalls neu in diesem Jahr ist ein Projekt zur Ernährungsverbesserung von Kindern. Die Benefizaktion des Bayerischen Rundfunks „Sternstunden e.V.“ hat uns 2007 eine Spende in Höhe von 2500 Euro zur Verfügung gestellt, um die Ernährungssituation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. In Zusammenarbeit mit einem ortsansässigen Reformhaus können wir jetzt Familien und allein Erziehenden einen Gutschein im Wert von 50 Euro ausstellen. Die Mitarbeiterinnen des Reformhauses stehen dann bei der Einlösung des Gutscheines auf Wunsch mit einer umfassenden Ernährungsberatung zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund aktueller Studien, die belegen, dass gerade bei Bezug von Arbeitslosengeld II eine ausgewogene, gesunde Ernährung kaum finanzierbar ist, zeigt sich die Gutscheinaktion im Reformhaus als eine wichtige Unterstützung für bedürftige Familien. Auch zur Überbrückung von finanziell akuten Notsituationen und als kurzfristige Entlastung konnten wir die Gutscheine einsetzen. Wir haben bis jetzt sehr viele positive Rückmeldungen von den Frauen erhalten.

Seit vielen Jahren bieten wir in unseren Räumen Schwangeren und jungen Müttern durch einen Babybasar

Gebrauchtkleidung und Babyausstattung an. Wir bekommen häufig gut erhaltene Babyausstattung als Sachspende, die wir gerne an bedürftige Frauen weitergeben.

Seit 11 Jahren verteilen wir kurz vor Heiligabend Päckchen an bedürftige Familien. Der in Landstuhl ansässige „Innerhaus-Kulturclub“ sammelt jedes Jahr bei Geschäftsleuten und Privatpersonen, um dann kurz vor Weihnachten buntgefüllte Körbe zu packen. Wir suchen aus unserer Arbeit schwangere Frauen und Familien aus und besuchen sie zu Hause.

#### Zunahme materieller Not

Die Tendenz der finanziell steigenden Notsituationen, die sich schon in den vergangenen Jahren zeigte, bestätigte sich in 2007 deutlich. In den Gesprächen mit den Schwangeren wurde sichtbar, dass oftmals die Grundversorgung nicht mehr gesichert ist. Häufig betroffen sind Frauen und Familien, die ALG II beziehen, allein Erziehende, von Arbeitslosigkeit betroffen oder gering verdienende Klienten, Frauen mit ausländischer Herkunft und kinderreiche Familien. Die ständig steigenden Energiekosten, die hohen Mietpreise, die von den zuständigen Arbeitsagenturen nur zum Teil übernommen werden und die in 2007 gestiegenen Lebenshaltungskosten führten viele Frauen und Familien in große finanzielle Engpässe. Rücklagen, um zum Beispiel nach einer ungeplanten Schwangerschaft die Grundausrüstung des Babys zu finanzieren, konnten somit auch nicht gebildet werden. Dazu kommt, dass viele Frauen und/oder deren Partner, die zu uns kommen, keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und arbeitslos sind. Die Per-

spektive, eine neue Arbeit zu finden, ist durch die mangelnde Schul- und Berufsausbildung gering.

Neben der Schwangerschaftsberatung bieten wir in Landstuhl in kleinerem Umfang die Familienberatung an. Ein ehrenamtlicher Mitarbeiter bietet an zwei Vormittagen der Woche Schuldnerberatung in unseren Räumen an. Eine weitere ehrenamtliche Mitarbeiterin führt zwei Betreuungen nach dem BtG durch.



Im Sommer wurde uns über die Lotterie GlücksSpirale die Anschaffung eines Smart für unsere Hausbesuche und Außensprechstunden gefördert. Damit können wir noch schneller Menschen vor Ort erreichen, denen es nicht möglich ist, zu uns zu kommen. Zudem tragen wir durch unsere auffallende Beschriftung des Fahrzeuges zu mehr Bekanntmachung bei. Mit Interesse werden wir bei unseren Fahrten wahrgenommen und mitunter auch angesprochen.

Tabelle - Schwangeren- und Familienberatungsstelle Landstuhl

Bezeichnung	2006	2007
Umsatzerlöse	125.981,24 •	114.161,17 •
Zuschuss aus Vermögen	0,00 •	0 •
Sonstige betr. Erträge	15.738,32 •	27.339,08 •
Zinserträge	197,58 •	601,18 •
<b>Gesamterträge</b>	<b>141.917,14 •</b>	<b>142.101,43 •</b>
Personalaufwendungen	109.946,30 •	106.963,34 •
Sachkosten	1.961,03 •	1.512,43 •
Abschreibungen	8.245,71 •	9.679,91 •
Sonstige betr. Aufwendungen	21.764,10 •	22.604,71 •
Zinsaufwendungen	0,00 •	0 •
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>141.917,14 •</b>	<b>140.760,39 •</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>0,00 •</b>	<b>1.341,04 •</b>



### 5.9 Vermögensverwaltung

Das Vermögen des Sozialdienst katholischer Frauen - Zentrale e.V.- wird von einer eigenen Vermögensverwaltung verwaltet und in einem eigenständigen Belegnummernkreis gebucht und bilanziert. Dieses Vermögen dient als Rücklage für den Sozialdienst katholischer Frauen -Zentrale e.V.- mit allen seinen Einrichtungen und wird von den Vermögensverwaltern der Darlehnskasse Münster eG und der Bank für Kirche und Caritas eG nach Maßgabe der Anlagestrategie des Vor-

standes und unter Sicherheits Gesichtspunkten angelegt. Im Jahr 2007 wurden Entnahmen aus Zinserträgen, aber auch aus Vermögenssubstanz zur Finanzierung der SkF Zentrale und des NeuHaus getätigt. Durch die Entwicklung auf den Kapitalmärkten Ende des Jahres 2007 und im Hinblick auf die Situation der Kapitalmärkte im Jahr 2008 wurden gemäß den Grundsätzen der kaufmännischen Vorsicht im Jahr 2007 Abschreibungen auf das Anlagevermögen in einem Umfang von 87.420,60 Euro (2006: 51.876,86 Euro) getätigt.

Tabelle - Vermögensverwaltung

Bezeichnung	2006	2007
Umsatzerlöse	0,00 •	0,00 •
Zuschuss aus Vermögen	0,00 •	0,00 •
Sonstige betr. Erträge	389.787,22 •	167.878,04 •
Zinserträge	169.560,15 •	168.169,00 •
<b>Gesamterträge</b>	<b>559.347,37 •</b>	<b>336.047,04 •</b>
Personalaufwendungen	14.723,50 •	14.724,00 •
Sachkosten	0,00 •	0,00 •
Abschreibungen	51.876,86 •	87.420,60 •
Sonstige betr. Aufwendungen	427.283,56 •	427.501,90 •
Zinsaufwendungen	0,00 •	0,00 •
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>493.883,92 •</b>	<b>529.646,50 •</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>65.463,45 •</b>	<b>- 193.599,46 •</b>

### 5.10 Konsolidierter Gesamtjahresabschluss SkF - Zentrale e. V. -

Die Teiljahresabschlüsse der Einrichtungen in Trägerschaft des SkF - Zentrale e. V. - werden jährlich zu einem konsolidierten Gesamtjahresabschluss zusammengeführt. Dieser stellt das Jahresergebnis des Vereins SkF Zentrale e. V. dar.

Jahresergebnis Sozialdienst katholischer Frauen - Zentrale e. V. -

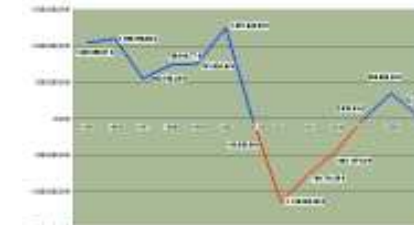


Tabelle - Konsolidierter Gesamtjahresabschluss SkF - Zentrale e. V. -

Jahresabschluss	2006	2007
SkF Zentrale	- 24.216,43 •	- 25.043,93 •
Das NeuHaus	0,00 •	0,00 •
Anna-Zillken-Berufskolleg	3.076,26 •	663,42 •
Anna-Katharinenstift Karthaus	223.999,21 •	148.993,48 •
Werkstätten Karthaus	50.503,14 •	82.628,64 •
Schule Haus Widey	- 5.376,56 •	1.471,44 •
Haus Conradshöhe	4.783,63 •	58.883,08 •
Am Rohns	37.426,53 •	- 42.966,00 •
Beratungsstelle Landstuhl	0,00 •	1.341,04 •
Vermögensverwaltung	65.463,45 •	- 193.599,46 •
<b>Jahresergebnis gesamt</b>	<b>355.659,23 •</b>	<b>32.371,71 •</b>



## 6 Ausblick 2008

Der Bundesvorstand wird sich im Jahr 2008 intensiv mit den weiteren Prozessen der Verschmelzung des SkF Gesamtverein e.V. auf den SkF Zentrale e.V. beschäftigen. Dies impliziert besonders die Neuorganisation der Vorstandsarbeit, da der Bundesvorstand ab Mitte 2008 zusätzlich zu den inhaltlichen und politischen Fragestellungen auch die wirtschaftlichen Aufgaben übernimmt.

Sobald die Satzung für die SkF Stiftung durch die Delegiertenversammlung beschlossen ist, hat der Bundesvorstand den Auftrag, nicht nur die Stiftung zur Gründung zu bringen sondern auch in Zusammenarbeit mit dem Stiftungsrat den ersten Auftritt der Stiftung zu gestalten. Öffentlichkeitsmaterialien zu erstellen und vor allen Dingen Stifterinnen und Stifter zu werben. Ein weiteres Ziel ist die Bildung von unabhängigen Stiftungen durch die Ortsvereine unter dem Dach der Bundesstiftung.

Der Bundesvorstand strebt im Jahr 2008 verstärkt Gespräche mit anderen Verbänden und Kooperationspartnern an, um sinnvolle strukturelle Kooperationen zu

erörtern und zu realisieren. Ein Thema in diesem Zusammenhang ist die Weiterentwicklung der Zentralen Fachstellen für den Deutschen Caritasverband bei der SkF Zentrale.

Die inhaltlichen Themenstellungen werden im Jahr 2008 vor allen Dingen sein:

- Entwicklung qualitativer Standards zur Kindertagespflege
- Verbreiterung der Angebote in den SkF Ortsvereinen im Bereich „Frühe Hilfen“
- Entwicklung von Leitlinien einer familienpolitischen Positionierung des SkF
- Weiterentwicklung der Frauenhausfinanzierung und die Entwicklung eines Projekts zur Förderung und Qualifizierung der ehrenamtlichen Vorstände im SkF

In diesen Bereichen wird der Bundesvorstand seine politische Interessenvertretung stärken und sich öffentlich stärker positionieren.



## Danke!

*Wir danken ...*

...allen Unternehmen, die die SkF Zentrale 2007 mit Spenden unterstützt haben:

Bank für Kirche und Caritas  
 Ecclesia Versicherungen  
 Fa. Grüniger  
 Pax Versicherungsdienst  
 United Parcel Service  
 Sparkasse Dortmund

... den Belegschaften folgender Unternehmen für ihr Engagement:

United Parcel Service

...den öffentlichen Institutionen, die unsere Arbeit 2007 gefördert haben:

Bundesministerium für Frauen, Soziales, Familie und Jugendliche  
 Europäische Union

...Stiftungen, Vereinen und Initiativen, die unsere Arbeit 2007 unterstützt haben:

Aktion Mensch  
 Glücksspirale  
 Pax Bank Stiftung  
 Rewe Stiftung Dortmund  
 Sternstunden e.V.

...allen Spenderinnen und Spendern, die unsere Arbeit in 2007 möglich gemacht haben.

...allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die unsere Arbeit unterstützt haben.

## Telefon und E-Mail Verzeichnis

### BUNDESZENTRALE SOZIALDIENST KATHOLISCHER FRAUEN E. V.

Agnes-Neuhaus-Straße 5  
44135 Dortmund  
Telefon: 0231/ 55 70 26 - 0

#### BUNDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Bundesgeschäftsführerin	Gaby Hagmans	-22	hagmans@skf-zentrale.de
-------------------------	--------------	-----	-------------------------

#### STABSSTELLEN

Sozialmarketing und Öffentlichkeitsarbeit	Claudia Steinborn	-25	steinborn@skf-zentrale.de
Projektleitung „Guter Start ins Leben“	Bettina Prothmann	-40	prothmann@skf-zentrale.de
Organisation/ Ehrenamt/ Verbandsaufgaben	Dr. Mechthild Geller	-24	geller@skf-zentrale.de

#### FINANZREFERAT UND VERWALTUNG, TRÄGERAUFGABEN

Verwaltungsleiter	Michael Bender	-32	bender@skf-zentrale.de
-------------------	----------------	-----	------------------------

#### REFERAT: FRAUEN UND FAMILIEN IN BESONDEREN BELASTUNGSSITUATIONEN

Referatskordinatorin/Referentin für familienbezogene Armutsprävention	Brunhilde Ludwig	-10	ludwig@skf-zentrale.de
Referentin für Frauenhäuser in kath. Trägerschaft	Gabriele Glorius	-15	glorius@skf-zentrale.de
Referentin für Pränataldiagnostik	Gisela Pingen-Rainer	-34	pingen@skf-zentrale.de
Referentin für Schwangerschaftsberatung	Regine Hölscher-Mulzer	-17	hoelscher-mulzer@skf-zentrale.de
Referentin für Mutter-Kind-Einrichtungen/ Arbeit mit allein Erziehenden/ Trennungs- und Scheidungsberatung	Petra Winkelmann	-12	winkelmann@skf-zentrale.de

#### REFERAT: KINDER- UND JUGENDHILFE

Referatskordinatorin/ Referentin Zentrale Fachstelle für Pflegekinderdienste in kath. Trägerschaft	Jacqueline Kauermann-Walter	-38	kauermann@skf-zentrale.de
Referentinnen: Zentrale Fachstelle für Adoptions- und Auslandsadoptionsdienste in kath. Trägerschaft	Sabina Dörfling / Dr. Petra Kleinz	-35 -41	doerfling@skf-zentrale.de kleinz@skf-zentrale.de





# Geschäftsbericht 2007

Sozialdienst katholischer Frauen - Zentrale e. V. -

Agnes-Neuhaus-Straße 5

44135 Dortmund

Tel. +49 231 557026-27